

Biblioteka
U. M. K.
Toruń

Universal
Bibliothek

7250
Nr. 7250

Die Rede des Führers Adolf Hitler

am 30. Jan. 1934 im Deutschen Reichstag

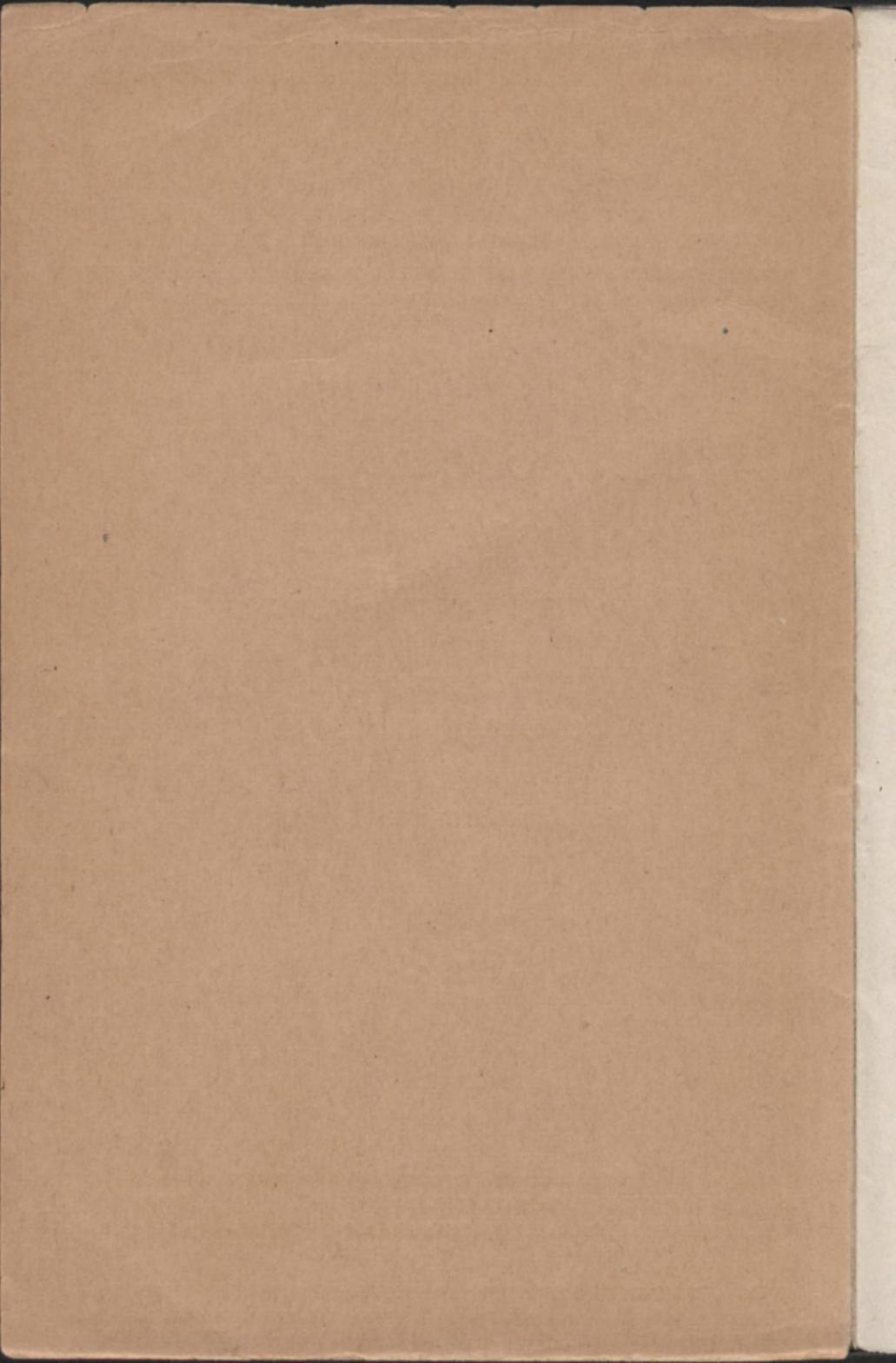
nebst dem

Gesetz über den Neuaufbau
des Deutschen Reiches

und der Begründung

von Reichsminister Dr. Frick





45364A

Die Rede des Führers Adolf Hitler

am 30. Januar 1934 im Deutschen Reichstag

nebst dem

Gesetz über den
Neuaufbau des Deutschen Reiches

und der Begründung

von Reichsminister Dr. Wilhelm Frick

Mantley,
1942.

Verlag von Philipp Reclam jun. Leipzig

Die Rechte des Verlegers
Wolff Müller

am 30. Januar 1925 im Leipziger Gerichtsamt

Wolff Müller

Wolff Müller

Wolff Müller

Alle Rechte vorbehalten

Wolff Müller

Wolff Müller



Handwritten scribble

900172

Solzfreies Papier

Druck von Philipp Reclam jun. Leipzig

Printed in Germany

Die Rede des Führers

am 30. Januar 1934 im Deutschen Reichstag

Abgeordnete! Männer des Deutschen Reichstages!

Wenn wir heute rückblickend das Jahr 1933 als das Jahr der nationalsozialistischen Revolution nennen, dann wird dereinst eine objektive Beurteilung seiner Ereignisse und Vorgänge diese Bezeichnung als gerechtfertigt in die Geschichte unseres Volkes übernehmen. Es wird dabei nicht als entscheidend angesehen werden die maßvolle Form, in der sich diese Umwälzung äußerlich vollzog, als vielmehr die innere Größe der Wandlung, die dieses eine Jahr dem deutschen Volke auf allen Gebieten und in allen Richtungen seines Lebens gebracht hat.

In knappen zwölf Monaten wurden eine Welt von Auffassungen und Einrichtungen beseitigt und eine andere an ihre Stelle gesetzt. Was sich in dieser kurzen Spanne Zeit vor unser aller Augen vollzog, war noch am Vorabend des denkwürdigen 30. Januar 1933 von der sicher überwiegenden Mehrheit unseres Volkes und insbesondere den Trägern, Wortführern und Repräsentanten des früheren Zustandes als phantastische Utopie angesehen und bezeichnet worden.

Ein so wunderbares geschichtliches Ereignis wäre aber auch wirklich undenkbar, wenn es den Befehl zu seinem Geschehen nur dem Einfall irgendeines launischen Menschengenies oder gar dem Spiel des Zufalls zu verdanken gehabt hätte. Nein. Die Voraussetzungen für diesen Vorgang haben sich aus der Entwicklung langer Jahre zwangsläufig gebildet und ergeben. Eine furchtbare Noth schrie um Abhilfe. So, daß die Stunde nur des Willens harrete, der bereit war, den geschichtlichen Auftrag zu vollstrecken.

Es verstärkt die Kraft dieser Behauptung die Tatsache, daß seit Jahrzehnten ähnliche Spannungen fast die ganze Welt erfüllten und sich in ununterbrochenen bald aufflackernden, bald aufbrausenden Feuern und Stürmen entladen, nach Lösungen suchend, die den Bedingtheiten der einzelnen Völker entsprechend und passend sind. Auch die Periode der äußerlichen bürgerlichen Wohlfahrt, die seit dem Ausklingen der Fanfaren der revolutionären Marseillaise bis zum Beginn unseres Jahrhunderts der Welt den Stempel einer scheinbar zufriedenen Satttheit aufzuprägen schien, war erfüllt von dauernden Anzeichen einer inneren nervösen Unsicherheit, eines unruhigen Suchens nach befriedigenderen Fundierungen des inneren Lebens der Völker. Denn was früher die Menschheit durch viele Jahrhunderte lang an revolutionären Vorgängen kannte, war, abgesehen von den Auseinandersetzungen religiöser Art, nur das wechselvolle Spiel des Ringens der Kräfte um die äußere Macht: der Kampf um die Führung innerhalb der Staaten oder höchstens um die

Erweiterung ihrer Herrschaft nach außen. Seit aber die religiösen Kämpfe wohl infolge des Versiegens einer wahrhaft lebendigen vorwärtsdrängenden Kraft der Konfessionen ihre aufwühlende und alles in den Bann schlagende faszinierende Gewalt verloren hatten, begann das Suchen nach anderen zeitgemäßen, die Menschheit weltanschaulich erfüllenden Erkenntnissen und Ideen.

Und während noch die bürgerliche Welt von der Wirtschaft als der alleinigen Herrin und Regentin aller Lebensvorgänge träumte und in ihr die ausschließliche Wurzel jeglichen irdischen Glückes sah, suchte der im Tiefsten davon nicht mehr befriedigte Mensch nach einer besseren Sinngebung seines Lebens und begann so das Zeitalter höchster bürgerlicher Wohlfahrt und Behaglichkeit mit heftigsten weltanschaulichen Kämpfen zu erfüllen.

Die Inkonsequenz des wirtschaftlichen und politischen Ideals der bürgerlichen Demokratie rief zwangsläufig die konsequente marxistische Theorie auf das Spielfeld dieser Kräfte. So kam es, daß, während noch die Völker von den materiellen Früchten des bürgerlichen und liberalen Individualismus zehrten, die Apostel der neuen Lehre politisch die Gleichheit aller Werte predigten. Die parlamentarische Demokratie mußte aber auf die Dauer zwangsläufig in Todfeindschaft zum Persönlichkeitswert auch auf dem reinen Wirtschaftsgebiet geraten.

Es konnte nur eine Frage der Zeit sein, wann endlich die rücksichtslos vorstoßende Lehre der marxistischen

Gleichheitsidee die letzten bürgerlichen Bollwerke der Politik vor der Wirtschaft überrannt haben würde, um dann der politischen und ökonomischen Ideologie des bürgerlichen Zeitalters endgültig den Garaus zu machen.

Auch ohne den Weltkrieg wäre diese Entwicklung eingetreten. Er hat aber ohne Zweifel den Ablauf der Ereignisse wesentlich beschleunigt.

Die Wirkungen des Weltkriegs und des Diktats von Versailles.

Die Berücksichtigung zweier Erscheinungen ist wichtig für das Verständnis der Vorgänge dieses Jahres in Deutschland.

Erstens untergräbt der furchtbare Krieg die Festigkeit der Autorität der Führung des damaligen Reiches und führt endlich, indem er diese beseitigt, nicht nur zum Zusammenbruch nach innen, sondern auch nach außen. Aktiver Träger dieser Entwicklung ist der Marxismus, passiv mitverantwortlich dafür die bürgerliche Demokratie.

Zweitens vernichtet das Diktat von Versailles die Unabhängigkeit und Freiheit des Reiches nach außen durch die Auflösung und Zerstörung jeder Widerstandskraft und Widerstandsfähigkeit. Das Ergebnis ist jene endlose Folge politischer und wirtschaftlicher Erpressungen, die mithelfen an der Entwicklung der chaotischen Zustände in Deutschland.

Daraus ergab sich folgende Lage:

Innenpolitisch: Die Novemberrevolte des Jahres 1918 legte mit einem Schlage die sogenannte Staatsautorität des bürgerlich-legitimistischen Kompromisses hinweg.

Die beispiellos klägliche Kapitulation der verantwortlichen Staatsträger vor dem international-marxistischen Deserteur-Putsch erschütterte das Volk in seiner bis dorthin sicher in mehr als 90 v. H. gegebenen Anhänglichkeit sowohl an die alte Staatsform als auch an deren repräsentative Vertreter. Nachdem sich die Nation ob des ungeheuerlichen Vorgangs gefaßt hatte, begann sie, die von jeher zum Gehorsam in irgendeiner Form erzogen worden war, sich den neuen Gewalthabern gegenüber wenigstens zu passiver Duldung verpflichtet zu fühlen.

Die zahlenmäßige und sachlich gegebene Schwäche des neuen Regiments führte zu jener einzigartigen Verbindung zwischen marxistischen Theoretikern und kapitalistischen Praktikern, die zwangsläufig in der Folge sowohl dem politischen als auch dem wirtschaftlichen Leben die wesenseigenen Charakterzüge dieser selten korrupten Mesalliance aufprägen mußte.

Über das Zentrum hinweg verbindet sich die mehr oder weniger national verbrämte bürgerliche Demokratie mit dem unverhüllten marxistischen Internationalismus und zeugt nun jene parlamentarischen Regierungen, die in immer kürzeren Zeiträumen einander ablösend das ersparte wirtschaftliche und politische Kapital der Nation verkaufen und verprassen.

Die 14 Jahre des Verfalls.

Vierzehn Jahre lang erleidet Deutschland damit einen Verfall, der geschichtlich seinesgleichen sucht.

Es setzt eine Umkehrung aller Begriffe ein. Was gut war, wird nun schlecht, und was schlecht war, gut. Der Held wird verachtet und der Feigling geehrt. Der Redliche bestraft und der Faule belohnt. Der Anständige hat nur noch Spott zu erwarten, der Verkommene aber wird gepriesen. Die Stärke verfällt der Verurteilung, die Schwäche dafür der Verherrlichung. Der Wert an sich gilt nichts. An seine Stelle tritt die Zahl, d. h. der Minder- und Unwert. Die geschichtliche Vergangenheit wird genau so infam besudelt wie die geschichtliche Zukunft unbekümmert abgeleugnet.

Der Glaube an die Nation und an ihr Recht wird mit schamloser Dreistigkeit angegriffen, lächerlich oder schlecht gemacht. An die Stelle der Liebe zum Schönen tritt ein bewußter Kult des Minderwertigen und Häßlichen. Alles Gesunde hört auf, Leitstern für das menschliche Streben zu sein, und die Mißgeburt, das Kranke und Verkommene tritt in den Mittelpunkt einer sogenannten neuen Kultur.

Alle tragenden Pfeiler der Existenz des Volkes werden unterminiert und zum Einsturz gebracht. Und während die Millionenmasse mittlerer und bäuerlicher Existenzen dem bewußt geförderten Ruin verfallen, hilft ein gutmütig — dumm gewordenes Bürgertum in eifrigen politischen Handlangerdiensten mit, den allerletzten Einsturz vorzubereiten.

Denn wer kann ernstlich glauben, daß eine Nation im Zustand eines solchen Verfalls ewig zu halten sei, ohne daß sich eines Tages die äußersten und allerletzten Konsequenzen ergeben? Nein! Dies muß zum kommunistischen Chaos führen!

Denn in eben dem Maße, in dem sich die Führung der Nation bewußt von allen Erkenntnissen und Gesetzen der Vernunft entfernte und statt dessen dem marxistischen Wahnsinn verschrieb, mußte die Gemeinschaft des Volkes eine sich fortgesetzt steigende Auflockerung erfahren. Die positiven Kräfte der Erhaltung begannen nachzulassen und auseinanderzufallen, und nur die negativen Kräfte der Zerstörung verschmolzen zu einer furchtbaren Einheit in ihrem allgemeinen Angriff gegen die letzten Reste des Bestehenden.

Die Atomisierung des politischen und kulturellen Lebens, der sich immer schneller vollziehende Verfall des organischen Aufbaues der Nation, die Lähmung ihrer Funktionen führte zu einer Erschütterung des Vertrauens in die Berufung und damit in die Autorität derer, die es unternahmen, das Volk führen zu wollen. Aus dem allgemeinen Verfall aller Grundauffassungen über die wesentlichsten Bedingungen unseres nationalen und gesellschaftlichen Gemeinschaftsvertrages ergab sich ein Sinken des Vertrauens und damit aber auch zwangsläufig des Glaubens an eine noch mögliche bessere Zukunft. Unter diesen Umständen aber mußte dem politischen und kulturellen Verfall zwangsläufig der wirtschaftliche Zusammenbruch folgen.

Die Rettung durch die nationalsozialistische Bewegung.

Es ist ein einzigartiges und ausschließlich der nationalsozialistischen Bewegung zuzuschreibendes Verdienst, wenn dieser wirtschaftliche Verfall mit seiner grauenhaften Verelendung der Massen nicht fortzeugend ein weiterer Antrieb für die Beschleunigung der politischen Katastrophe wurde, sondern vielmehr zu einer Sammlung der bewußten Kämpfer für eine neue aufbauende und damit wahrhaft positive Weltanschauung führte.

Seit dem Jahre 1930 konnte es daher nur mehr ein Entweder-Oder geben: Entweder der Sieg fiel in logischer Fortsetzung der angebahnten Entwicklung dem Kommunismus zu, mit all den nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt eintretenden unabsehbaren Folgen, oder es gelang dem Nationalsozialismus noch in letzter Stunde, seinen internationalen Gegner zu bezwingen.

Es bewies nur die Verstandnislosigkeit der bürgerlichen Welt für das Wesen dieses Kampfes, der gebieterisch nach einer klaren Entscheidung drängt, daß sie noch bis vor zwölf Monaten in Deutschland ernstlich glaubte, aus diesem vom äußersten Vernichtungswillen erfüllten Ringen zweier Weltanschauungen miteinander am Ende selbst als stiller Neutraler siegreich hervorgehen zu können.

Die Anforderungen, die dieser Kampf an unsere Bewegung stellte, waren gewaltige. Es gehörte ebensoviel stolzer Mut dazu, den Hohn und Spott zu er-

tragen, wie Heroismus und Tapferkeit, sich der täglichen Verleumdungen und Angriffe zu erwehren. Zehntausende nationalsozialistischer Kämpfer sind in dieser Zeit verwundet und viele getötet worden. Zahlreiche wanderten in die Gefängnisse, Hunderttausende mußten ihren Arbeitsplatz verlassen oder verloren sonst ihre Existenz. Aus diesen Kämpfen aber erwuchs die unerschütterliche Garde der nationalsozialistischen Revolution, die Millionenschar der Politischen Organisation der Partei, die SA. und SS. der Partei.

Ihnen allein verdankt das deutsche Volk seine Befreiung aus einem Wahnsinn, der, wäre ihm der Sieg zugefallen, nicht nur 7 Millionen in der Erwerbslosigkeit erhalten, sondern bald 30 Millionen dem Verhungern ausgeliefert hätte.

Die außenpolitischen Wirkungen des Friedensdiktates: Die Weltrevolution.

Außenpolitisch: Als das deutsche Volk im November 1918 ergriffen und befangen von den ihm gegebenen Zusicherungen des Präsidenten Wilson im Vertrag von Compiègne die Waffen senkte, lebte es genau so wie heute noch in der inneren, durch nichts zu erschütternden Überzeugung, daß es am Ausbruch dieses Krieges schuldlos war. Auch die, schwachen Menschen gegen ihr eigenes besseres Wissen abgepreßte Unterschrift zu einem behaupteten deutschen Schuldbekennnis ändert nichts an dieser Tatsache. Daher

gab sich die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes damals dem festen Glauben hin, daß seine Waffenstreckung nicht nur das Ende dieses Krieges, sondern die Verhütung jeder ähnlichen Not für alle menschlich absehbare Zukunft bedeute.

Würde dieses eine Mal nicht der Haß die Vernunft betäubt haben, so hätte das zurückliegende grauenhafte Erleben für alle eine heilsame Lehre sein müssen, in der Zukunft durch eine bessere gemeinsame Zusammenarbeit eine Wiederholung von Ähnlichem zu verhüten. Und dann allein wären am Ende die ungemessenen Opfer dieses furchtbarsten Krieges aller Zeiten wenigstens für spätere Geschlechter noch von Segen gewesen.

Der Friedensvertrag von Versailles hat diese Hoffnungen gründlich und brutal zerstört. Durch seinen Versuch, das sich am Ende des Krieges ergebende Kräftebild für alle Zukunft als Basis der Rechtsordnung im Völkerleben festzulegen, verewigte er den Haß auf der einen und die grimmige Verbitterung auf der anderen Seite. Unter Ablehnung der bisherigen menschlichen Erfahrungen und der Einwände wahrhaft weiser Warner glaubte man der Zukunft besser zu dienen, indem man sie mit den Flüchen der Vergangenheit belastete. Nur dadurch wird es verständlich, daß nach dieser härtesten Lehre des Menschengeschlechtes dank einem solchen Friedenswerk kein wahrhafter Friede, sondern nur erhöhter Unfriede kommen konnte.

Die wahnwitzigen politischen und wirtschaftlichen Lasten dieses Vertrages haben das Vertrauen des

deutschen Volkes in jede instanzielle Gerechtigkeit dieser Welt gründlich zerstört.

Bei vielen Millionen Menschen wurden aber dadurch zwangsläufig Gefühle des Hasses gegen eine neue Weltordnung geschürt, in der die dauernde Dif- famierung und Diskriminierung eines großen Volkes einfach deshalb möglich sein soll, weil es einmal das Unglück hatte, in einem ihm aufgezwungenen Krieg nach heroischem Widerstand zu unterliegen.

Ohne weiteres erkannten die Drahtzieher der kommunistischen Revolution die unerhörten Möglichkeiten, die sich aus diesem Vertrag und seinen praktischen Auswirkungen für die Revolutionierung des deutschen Volkes ergaben. Indem die kommunistische Partei den Kampf gegen Versailles auf die eigenen Fahnen schrieb, gelang es ihr, Menschen zu mobilisieren, die in ihrer letzten Verzweiflung allein im Chaos einen Ausweg finden zu können glaubten. Die Welt aber schien nicht zu bemerken, daß, während sie verblendet auf der buchstabenmäßigen Erfüllung unbegreiflicher, ja geradezu toller Unmöglichkeiten bestand, sich in Deutschland eine Entwicklung vollzog, die als Auftakt zur kommunistischen Weltrevolution den sogenannten Siegermächten in kurzer Zeit an Stelle eines nutzbringenden Vertragsflaven einen pestkranken Bazillenträger vorstellen mußte.

So hat die nationalsozialistische Bewegung nicht nur gegenüber dem deutschen Volk, sondern auch gegenüber der europäischen und außereuropäischen Umwelt sich ein Verdienst erworben, indem sie durch ihren

Sieg eine Entwicklung verhinderte, die den letzten Hoffnungen auf eine Heilung der Leiden unserer Zeit ansonsten endgültig den Todesstoß gegeben haben würde.

Die geschichtlichen Aufgaben der national-sozialistischen Bewegung.

Angeichts dieser Tatsache eines drohenden völligen Zusammenbruchs ergaben sich von selbst Aufgaben von einer wahrhaft geschichtlichen Größe. Nicht einer der obligaten Regierungswechsel konnte die Nation vor dem Abgrund zurückreißen, sondern nur mehr eine innere Reformation größten Ausmaßes und tiefster Eindringlichkeit. Nicht äußerliche politische und wirtschaftliche, sondern weit darüber liegende seelische und völkische Aufgaben waren zu lösen.

Der vom Zerfall bedrohte Volkskörper mußte durch einen neuen Gesellschaftsvertrag die Voraussetzung zur Bildung einer neuen Gemeinschaft erhalten. Die Grundthesen dieses Vertrages aber konnten nur gefunden werden in jenen ewigen Gesetzen, die dem aufbauenden Leben zugrunde liegen.

Erhaltung der völkischen Substanz.

In klarer Eindringlichkeit mußte man über alles Nebensächliche die Bedeutung der völkischen Substanz an sich und ihrer Erhaltung stellen. Es war dabei klar, daß im Wesen dieser Substanz die besonderen, für uns

zutreffenden Bedingungen liegen, die ihrer Erhaltung nützlich und förderlich sind oder umgekehrt schädlich.

Der Wille der Erhaltung dieser Substanz aber muß jenen geeigneten Ausdruck finden, der als Volkswille sichtbar und lebendig in Erscheinung tritt und praktisch auch wirksam wird. Der Begriff der Demokratie erfährt damit eine eingehende Prüfung und Klärung. Denn die neue Staatsführung ist ja nur besserer Ausdruck des Volkswillens gegenüber dem der überlebten parlamentarischen Demokratie.

Der neue Staat selbst kann aber dann keine andere Aufgabe kennen als die sinngemäße Erfüllung der zur Forterhaltung des Volkes notwendigen Bedingungen. Indem er sie aus allen rein formalen republikanischen legitimistischen oder demokratischen Vorstellungen löst, wird seine Regierung ebensosehr Volkshführung sein, wie die aus den inneren völkischen Bedingungen erwachsene Führung des Volkes Regierung des Staates ist. Politische, kulturelle und wirtschaftliche Aufgaben sind damit nur von einem Standpunkt aus zu sehen, nach einheitlichen Gesichtspunkten zu behandeln und zu lösen. Dann wird dieser völkische Gedanke nicht nur zur Überbrückung aller bisherigen Klassengegensätze führen, die gegenüber den ewigen rassischen Grundlagen nicht nur dauernd veränderlich, sondern belanglos, weil vergänglich sind, sondern auch zu einer grundsätzlichen Klärung der Einstellung zu den außenpolitischen Problemen.

Der Rassengedanke als Grundlage der Weltbefriedigung.

Der nationalsozialistische Rassengedanke und die ihm zugrunde liegende Rassenenerkenntnis führt nicht zu einer Geringschätzung oder Minderbewertung anderer Völker, sondern vielmehr zur Erkenntnis der gestellten Aufgabe einer allein zweckmäßigen Lebensbewahrung und Lebensforterhaltung des eigenen Volkes.

Er führt damit zwangsläufig zu einer natürlichen Respektierung des Lebens und des Wesens anderer Völker. Er erlöst damit die außenpolitischen Handlungen von jenen Versuchen, fremde Menschen zu unterwerfen, um sie regieren zu können oder um sie gar als reine Zahlenmasse durch sprachlichen Zwang dem eigenen Volke einzuverleiben. Dieser neue Gedanke verpflichtet zu einer ebenso großen und fanatischen Hingabe an das Leben und damit an die Ehre und Freiheit des eigenen Volkes, wie zur Achtung der Ehre und Freiheit anderer. Dieser Gedanke kann daher eine wesentlich bessere Basis abgeben für das Streben nach einer wahren Befriedigung der Welt, als die rein machtmäßig gedachte und vorgenommene Sortierung der Nationen in Sieger und Besiegte, in Berechtigte und rechtlos Unterworfenene.

Aus einer solchen inneren Revolutionierung des Denkens des Volkes kann aber auch auf der einen Seite die autoritäre Entschlossenheit und auf der anderen das instinktichere Vertrauen kommen als Voraussetzung zur Behebung der wirtschaftlichen Not.

Denn folgendes ist klar:

Das deutsche Volk hat eine Millionenzahl bester Menschen ohne Arbeit, die arbeiten wollen.

Es hat eine Millionenmasse von Menschen hoher geistiger und manueller Fähigkeit und Fertigkeit.

Es hat weiter in der Millionenmasse seiner Menschen den Wunsch nach höheren Lebens- und Kulturgütern.

Und es hat endlich in seinem Boden die Möglichkeit einer Steigerung der Produktion seiner Nahrungsmittel und in seinen Bodenschätzen die Möglichkeit der Steigerung seiner Gütererzeugung.

Es ist also ein Problem der Einsicht, des Willens und der Entschlossenheit, diesen Schrei nach Gütern und die Möglichkeit ihrer Produktion miteinander in Übereinstimmung zu bringen.

Wenn die Autorität eines Regiments und das Vertrauen eines ganzen Volkes sich zu einem entschlossenen Handeln gemeinsam verbinden, werden sie auch dieses schwerste Problem lösen können, weil sie es lösen müssen.

Und wir sind entschlossen, vor der Lösung dieser Aufgabe nicht zurückzuweichen, sondern sie anzufassen.

Rückblick auf ein Jahr nationalsozialistischer Regierungsarbeit.

Als am 30. Januar vor einem Jahr unser Generalfeldmarschall, der hochehrwürdige Herr Reichspräsident, mich durch einen nach all dem Vorhergegangenen wahrhaft großherzigen Entschluß mit der Bildung und

Führung der deutschen Reichsregierung betraute, erfolgte die Belastung der nationalsozialistischen Partei mit einer Verantwortung, die um so größer war, als ihre sichtbare Beteiligung und damit ihr Einfluß zunächst nicht der Größe des Umfangs der Verantwortung zu entsprechen schienen. Mit nur zwei Ministern trat ich damals in einem mir persönlich und der Bewegung zunächst fremd gegenüberstehenden Kabinett vor die Nation mit dem Versprechen, die uns von der Geschichte und der Vorsehung gestellten Aufgaben in Angriff zu nehmen und nach großen Gesichtspunkten zur Lösung zu bringen.

Verbundenheit mit dem Volk.

Ich habe mich in dieser Stunde nur als Vertreter und Kämpfer meines Volkes gefühlt. Ich war überzeugt, daß, wenn auch das Verständnis für den inneren Sinn der Mission unserer Bewegung in diesem Augenblick noch bei Unzähligen fehlen mußte, unser tatsächliches Handeln in kurzer Zeit die intuitive Zustimmung der Nation finden würde. So habe ich seit dieser geschichtlichen Stunde in keinem Augenblick den mir gewordenen Auftrag anders aufgefaßt denn als einen Auftrag des gesamten deutschen Volkes, auch wenn, bewußt oder unbewußt, Millionen Menschen sich damals über diese Tatsache nicht klargeworden waren oder sie nicht wahrhaben wollten.

Ich habe daher auch niemals in der rein äußeren Macht einen irgendwie möglichen Ersatz für das Ver-

trauen der Nation gesehen, sondern mich redlich bemüht, die in der Macht liegende Autorität in die Stärke des Vertrauens zu verwandeln. Ich darf daher mit Stolz bekennen, daß so wie die nationalsozialistische Partei ausschließlich ihre Wurzeln im Volke hatte, wir auch als Regierung niemals anders dachten als im Volk, mit dem Volk und für das Volk.

Und nur aus dieser tiefinneren Verbundenheit mit dem deutschen Volk erwuchs uns die Kraft, die Erscheinungen zu bekämpfen und zu beseitigen, in denen wir nicht nur äußere Belastungen, sondern auf die Dauer die endgültige Vernichtung unseres Volkes erblicken mußten.

Die Vernichtung der Parteien.

Wenn ich in vierzehn langen Jahren des Kampfes um die Macht immer wieder die kompromislose Vernichtung der bürgerlichen und marxistischen Parteienwelt als Voraussetzung für den deutschen Wiederaufstieg proklamiert hatte, dann erschien diese Zielfestsetzung nicht nur der großen Mehrheit meiner politischen Gegner als die Ausgeburt eines wahnsinnigen Phantasten, als Torheit!

Männer des Deutschen Reichstages!

Über siebenzig Jahre lang haben diese Parteien am deutschen Volkskörper gelebt, und wenn sie auch im einzelnen Veränderungen unterworfen waren, im wesentlichen schienen sie unsterblich zu sein. Ja, ihre Bedeutung wuchs dauernd! Seit dem Jahre 1918

baute sich das Verfassungsleben der Nation auf ihnen auf und proklamierte sie — die Fermente der staatlichen Dekomposition — zu Bausteinen des staatlichen Lebens, siebenzig Jahre lang haben sie ihre Bedeutung im Staate steigend gehoben und endlich die Macht als das ausschließliche Objekt ihres Wollens und ihrer Interessen untereinander ein- und ausgetauscht. Sie haben die deutsche Gesetzgebung in ihrem Sinne beherrscht. Dieser Sinn aber hat das Reich zum Büttel ihrer Interessen erniedrigt. Und mochte dieses Reich auch einen Krieg verlieren, die Parteien wurden davon kaum bewegt. Und mochte das deutsche Volk um seine Freiheit kommen, die Parteien pochten nur verstärkt auf ihre Rechte. Und als das deutsche Volk endlich dem trostlosen Elend, ja der Vernichtung entgegen ging, erhoben sich die Parteien noch mehr als vordem erst recht zu einer wahren Tyrannei des öffentlichen Lebens.

Nun, meine Männer des Deutschen Reichstags! In einem Jahr der nationalsozialistischen Revolution haben wir die Parteien gestürzt. Nicht nur ihre Macht gebrochen, nein, wir haben sie beseitigt und ausgelöscht aus unserem deutschen Volk. Sie alle, die als Trabanten um die Zweite und um die Dritte Internationale kreiften, die den bürgerlichen Mittelstand, die Interessen des Katholizismus, die Aufgaben eines evangelischen Sozialismus, die Ziele der Finanzokratie vertraten, bis zur jämmerlichen Repräsentanz unseres wurzellosen Intellektualismus, sie alle sind weg.

Siegreich hat sich in diesem Jahr über den Trümmern dieser versunkenen Welt erhoben die Kraft des Lebens unseres Volkes.

Was bedeuten alle gesetzgeberischen Maßnahmen von Jahrzehnten gegenüber der Gewalt dieser einzigen Tatsache?

Man hat früher neue Regierungen gebildet, seit einem Jahr aber schmieden wir an einem neuen Volk!

Und so wie wir die Erscheinungen der politischen Zersetzung unseres Volkes überwunden haben, nahmen wir schon in diesem Jahr den Kampf auf gegen die Erscheinungen des wirtschaftlichen Zerfalles.

Neubau der Wirtschaft — Überwindung des Klassenkampfes.

Als ich am 24. März an die Parteiorganisationen den Befehl gab, am 2. Mai, am Tage nach der Feier der nationalen Arbeit, die Häuser der Gewerkschaften zu besetzen und diese Hochburgen des internationalen Klassenwahnes zu Bollwerken der nationalen Arbeit umzuwandeln, geschah es nicht, um dem deutschen Arbeiter eine für ihn wertvolle Einrichtung zu rauben, sondern um dem ganzen deutschen Volk den Weg zu einem Arbeitsfrieden zu ebnen, der in der Zukunft allen zugute kommen wird.

Denn gleichlaufend mit diesem Schritt schlugen wir auch der anderen Seite die Waffe des wirtschaftlichen Klassenkampfes aus den Händen.

In einer einjährigen, im großen abgeschlossenen

Gesetzgebung haben wir nunmehr endgültig die Grundzüge eines Zustandes niedergelegt, indem an Stelle des Faustrechtes des wirtschaftlich Stärkeren die höheren Interessen der Gemeinschaft aller schaffenden Menschen ausschlaggebend treten werden. Denn wir sind uns darüber klar, daß die gigantischen Aufgaben, die uns nicht nur die wirtschaftliche Not der Gegenwart, sondern auch der prüfende Blick in die Zukunft zeigt, nur dann gelöst werden können, wenn über dem egoistischen Sinn des einzelnen der Sprecher der Interessen aller das Wort hat und sein Wille als letzte Entscheidung gilt.

In klarer Voraussehung dieser einzigartigen Entwicklung haben wir Nationalsozialisten in langer Arbeit auch auf diesem Gebiet in unserer Betriebszellen-Einrichtung die organisatorische Voraussehung geschaffen, um die Armeen der deutschen Arbeiterschaft nicht durch die Zerschlagung des Alten in ein führerloses desorganisiertes Durcheinander zerfallen zu lassen, sondern geschlossen mit fester Hand hineinzuführen in die Welt der neuen Tatsachen.

Und wir sind dabei überzeugt, daß dieses gewaltige Werk der Überwindung der politischen und wirtschaftlichen Klassen-Organisationen keineswegs seinen inneren Abschluß gefunden hat, sondern als lebendige Aufgabe uns in den künftigen Jahren genau so erfüllen wird wie in den zwölf Monaten hinter uns. Nur etwas ist unabänderliche Tatsache: Was gewesen, wird niemals wiederkommen!

Die Auseinandersetzung mit den christlichen Konfessionen.

Nicht weniger einschneidend ist die Auseinandersetzung des neuen Staates mit den beiden christlichen Konfessionen. Erfüllt von dem Wunsch, die in den beiden christlichen Konfessionen verankerten großen religiösen, moralischen und sittlichen Werte dem deutschen Volke zu sichern, haben wir die politischen Organisationen beseitigt, die religiösen Institutionen aber gestärkt. Denn ein Vertrag mit dem nationalsozialistischen kraftvollen Staat ist für eine Kirche wertvoller, als der Kampf konfessioneller politischer Verbände, die in ihrer koalitionsbedingten Kompromisspolitik personelle Vorteile für Parteianhänger stets erkaufen müssen mit der ideellen Preisgabe einer wirklich innerlich religiösen Erziehung und Festigung des Volkes.

Wir alle leben aber in der Erwartung, daß der Zusammenschluß der evangelischen Landeskirchen und Bekenntnisse zu einer deutschen evangelischen Reichskirche dem Sehnen jener eine wirkliche Befriedigung geben möge, die in der Zerfahrenheit des evangelischen Lebens eine Schwächung der Kraft des evangelischen Glaubens an sich befürchten zu müssen glaubten.

Indem so der nationalsozialistische Staat in diesem Jahre der Stärke der christlichen Bekenntnisse seine Achtung erwiesen hat, erwartet er dieselbe Achtung der Bekenntnisse vor der Stärke des nationalsozialistischen Staates!

Einheit des Volkes.

Das geschichtliche Werk der Zusammenführung von Bauern, Arbeitern und Bürgern in eine Volksgemeinschaft würde sinnlos sein, wenn das Wollen dieser Gemeinschaft seine Befehle und Aufträge erhielte von politischen Erscheinungen anderer Herkunft, anderen Wesens und vergangener Zeiten. Es war die Stärke der nationalsozialistischen Partei, daß sie auch in ihrer eigenen inneren Gliederung niemals die Wurzel ihrer Existenz vergessen hat. Nicht für einzelne Länder und einzelne Stämme wurde sie einst gegründet, sondern für die deutsche Nation und für das deutsche Volk.

Sie hat daher von allem Anfang für ihren Aufbau nur die Bedingungen anerkannt, die sich, sachlich gesehen, aus den Lebenserfordernissen des deutschen Volkes ableiten. Sie kann daher heute unter keinen Umständen vergangene dynastische Interessen und die Ergebnisse der Politik dieser Interessen als für alle Zukunft zu respektierende Verpflichtungen des deutschen Volkes und seiner Organisation des staatlichen Lebens anerkennen.

Die deutschen Stämme sind gottgewollte Bausteine unseres Volkes. Sie sind ein Teil seiner Substanz und werden daher bleiben, so lange es ein deutsches Volk gibt.

Einheit des Staates.

Die politischen Gebilde der Einzelstaaten aber sind Ergebnisse eines zum Theil wohl guten, zum Theil aber auch sehr schlechten Handelns von Menschen vergangener Zeiten. Sie sind Menschenwerk und daher vergänglich. So wie es keinen Zustand auf dieser Welt geben wird, der nicht neben schlechten Eigenschaften wohl auch gute aufzuweisen hat, so wird es auch hier ohne weiteres möglich sein, selbst in den Geschichtsbüchern schlechtester dynastischer Hauspolitik verdienstvolle Seiten aufzustoßern. Allein entscheidend ist nicht, was diese Gebilde zu ihrer Rechtfertigung im einzelnen an Nützlichem aufzuführen vermögen, sondern entscheidend ist die Frage, was sie dem deutschen Volke, im gesamt gesehen und seiner Geschichte an Schaden zugefügt haben. Und entscheidend ist dabei wohl auch die Feststellung, daß diese Gebilde einst nicht geschaffen worden sind aus dem Gefühl, einen Beitrag liefern zu wollen zur deutschen Größe, sondern fast ausschließlich aus der egoistischen Vertretung einer rücksichtslosen Hausmacht-Politik.

Wenn dann dank vieler Korrekturen des Schicksals diese Politik am Ende Deutschland nicht endgültig als Nation vernichten konnte, war es nicht das Verdienst der Träger dieser Politik, sondern fast ausschließlich das Verdienst derer, die von Zeit zu Zeit, theils als bewusste, theils als unbewusste Werkzeuge der Vorsehung gegen solche künstliche Gebilde die ewigen Rechte der Völker proklamirten und verteidigten.

Auch wenn sich diese Hausmacht-Politik schlummernder Stammeseigenschaften bediente, hat sie damit nicht die Stämme in ihrer Bedeutung der Welt gegenüber gehoben und so in ihren Lebensmöglichkeiten bereichert, sondern vielmehr nahezu immer im großen gesehen zu einer entwürdigenden Bedeutungslosigkeit verdammt.

Der Nationalsozialismus stellt diesen Prinzipien einer nur fürstlichen Hausmacht-Politik gegenüber das Prinzip der Erhaltung und Förderung des deutschen Volkes auf, jener Millionen an Bauern, Arbeitern und Bürgern, die zu einem gemeinsamen Schicksal auf dieser Welt bestimmt, zum gleichen Glück gesegnet oder zum gleichen Unglück verflucht sind.

Gegen die Restaurationsbestrebungen.

Ich möchte daher an dieser Stelle Protest einlegen gegen die jüngst erneut vertretene These, daß Deutschland nur wieder glücklich sein könnte unter seinen angestammten Bundesfürsten.

Nein! Ein Volk sind wir und in einem Reiche wollen wir leben.

Und was sich früher in der deutschen Geschichte so oft dagegen versündigte, konnte seine Berufung nicht auf Gottes gnädigen Willen beziehen, sondern, wie die Geschichte lehrt, leider nur zu häufig auf die zweckdienliche Huld und Förderung schlimmster Feinde.

Wir haben daher in diesem Jahre bewußt die Autorität des Reiches und die Autorität der Regie-

rung jenen gegenüber durchgesetzt, die als schwächliche Nachfahren und Erben der Politik der Vergangenheit glaubten, auch dem nationalsozialistischen Staat ihren traditionellen Widerstand ansagen zu können.

Es war eine der glücklichsten Stunden meines Lebens, in der es sich offenbarte, daß das ganze deutsche Volk dieser Politik der ausschließlichen Vertretung seiner Interessen seine Billigung gibt.

Bei aller Würdigung der Werte der Monarchie, bei aller Ehrerbietung vor den wirklich großen Kaisern und Königen unserer deutschen Geschichte, steht die Frage der endgültigen Gestaltung der Staatsform des Deutschen Reiches heute außer jeder Diskussion. Wie immer aber auch die Nation und ihre Führer dereinst die Entscheidung treffen mögen, eines sollen sie nie vergessen: Wer Deutschlands letzte Spitze verkörpert, erhält seine Berufung durch das deutsche Volk und ist ihm ausschließlich verpflichtet!

Ich selbst fühle mich nur als Beauftragter der Nation zur Durchführung jener Reformen, die es ihm einst ermöglichen werden, die letzte Entscheidung über die endgültige Verfassung des Reiches zu treffen.

Eine geschichtliche Revolution.

Dieses gewaltige Unternehmen der Formung unseres Volkskörpers und der Bildung unseres Neuen Reiches wird auch in der Zukunft die höchste Aufgabe der nationalsozialistischen Staatsführung sein. Was in den letzten zwölf Monaten hier an Vorarbeit ge-

leistet wurde, ist wahrhaftig eine geschichtliche Revolution!

Im Rahmen dieser Revolution erfolgte die Umstellung und Anpassung zahlreicher Einrichtungen unseres öffentlichen Lebens, immer im Blick auf das angegebene Grundziel: Erhaltung und Stärkung unseres Volkstums. Eingriffe in unsere Verwaltung waren ebenso notwendig wie Eingriffe in die Justiz. Die Säuberung unseres öffentlichen Lebens von Erscheinungen des Verfalls führt zu einer Reform unseres Pressewesens, des Film- und Theaterlebens. Überhaupt wurde versucht, das kulturelle Leben mit einem edleren Sinn zu erfüllen, die Kunst dem deutschen Volk zurückzugeben, die Wissenschaft und Erziehung dem neuen Geiste anzugleichen.

Jugangssetzung der Wirtschaft.

Die Grundsätze der nationalsozialistischen Bewegung auf das Gebiet der Wirtschaft zu übertragen war um so schwerer, als hier zunächst drei vordringliche Aufgaben sofort in Angriff genommen werden mußten.

1. Es war notwendig, zur Rettung des dem vollständigen Ruin ausgesetzten Bauerntums durch Handels- und preispolitische Maßnahmen einzugreifen, durch Gesetz aber dem Bauerntum wieder einen starken und unzerstörbaren Rückhalt zu geben.
2. Die immer mehr um sich greifende allgemeine Korruption zwang zur sofortigen gründlichen

Säuberung unseres wirtschaftlichen Lebens von den Erscheinungen eines gewissenlosen Spekulantens- und Freibeutertums.

3. Die Aufgabe, sechseinhalb Millionen Menschen aus der Arbeitslosigkeit wieder in die Berufe zurückzuführen, verbot von selbst die Hingabe an Theorien, die in ihrer schillernden Schönheit nur zu leicht ihre heutige Unwirklichkeit und damit Zwecklosigkeit übersehen lassen. Denn: Im Augenblick der Übernahme der Regierung durch die nationalsozialistische Revolution trafen in Deutschland auf je zwei in Arbeit befindliche Menschen ein Arbeitsloser. Wenn die Zahl dieser Erwerbslosen, was nicht nur zu befürchten, sondern zu erwarten war, zugenommen hätte, wäre in kurzer Zeit eine Umkehrung dieses Verhältnisses eingetreten und damit ein hoffnungsloser Zustand.

Diese sechseinhalb Millionen Erwerbslosen werden nicht satt nach marxistischer Praxis durch das Vormachen schöner Theorien, sondern nur durch das Verschaffen tatsächlicher Arbeit.

Der Generalangriff gegen die Arbeitslosigkeit.

Und so haben wir in diesem Jahre schon den ersten Generalangriff gegen die Arbeitslosigkeit geführt. In einem Viertel der Zeit, die ich mir vor der Märzwahl ausbedungen hatte, sind ein Drittel der Erwerbslosen wieder in eine nützliche Tätigkeit zurückgeführt worden.

Der Angriff erfolgte konzentrisch von allen Seiten und ermöglichte nur dadurch den Erfolg.

Indem wir auf das abgeschlossene Jahr heute zurückblicken, schicken wir uns an — gerüstet mit den in ihm gewonnenen Erfahrungen —, den neuen Angriff gegen diese Not zu beginnen. Das Zusammenspiel von staatlichem Antrieb und privater Initiative und Energie war aber nur möglich dank dem wiederkehrenden Vertrauen des Volkes in seine Führung und in die Stabilität einer gewissen Wirtschafts- und Rechtsordnung.

Mancher Gegner glaubt den Ruhm unserer Arbeit schmälern zu müssen durch die Bemerkung, daß ja das ganze Volk dabei mitgeholfen habe. Jawohl, dies ist der höchste Stolz, der uns erfüllen kann, daß es uns wirklich gelungen ist, das ganze Volk zusammenzufassen und in den Dienst seiner Erneuerung zu stellen. Denn nur so konnten wir Aufgaben meistern, an denen viele frühere Regierungen gescheitert sind, weil sie mangels dieses Vertrauens scheitern mußten.

Und endlich wurde es auch nur dadurch möglich, diese aus dem Handgelenk heraus unternommene gigantische praktische Arbeit in innere Beziehung zu bringen mit unseren ideellen Grundsätzen.

Die primitive Formel, daß nicht das Volk für die Wirtschaft da sei und die Wirtschaft für das Kapital, sondern daß das Kapital der Wirtschaft und diese dem Volke dienen müsse, schwebte schon in diesem Jahre als oberstes Leitmotiv über allen Maßnahmen des Regiments.

Und dem war es in erster Linie mit zuzuschreiben, daß es gelang, die großen praktischen und tatsächlichen Anregungen der Regierung verständnisvoll und freudig weiterzuführen. So wurde es möglich, durch Mittel der steuerlichen Entlastung und durch klug angewendete staatliche Zuschüsse, auch die natürliche Produktion in einem Umfang anzureizen, wie ihn noch vor 12 Monaten die meisten unserer Kritiker für gänzlich ausgeschlossen hielten.

Manche der dabei eingeleiteten Maßnahmen werden in ihrer ganzen Bedeutung erst in der Zukunft eine Würdigung finden. Insbesondere die Förderung der Motorisierung des deutschen Verkehrs im Zusammenhang mit dem Bau der Reichs-Autobahnen. Die alte Rivalität zwischen Reichsbahn und Kraftwagen hat hier eine Lösung gefunden, die dem ganzen deutschen Volk einst von höchstem Nutzen sein wird.

Wir waren uns klar, daß die Inangabezung unserer Wirtschaft in diesem ersten Jahr zunächst ausgehen muß von der Ermöglichung einer primitiven Beschäftigung, um mittels der dadurch gesteigerten Konsumkraft breiterer Massen die Produktionen in der höheren Gütererzeugung allmählich anlaufen zu lassen.

Bei all dem wurde versucht, das vollkommen zerüttete Finanzleben des Reiches, der Länder und der Kommunen durch großzügige Maßnahmen einerseits und brutalste Sparsamkeit andererseits in Ordnung zu bringen.

Der Umfang des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs ergibt sich am eindeutigsten durch die gewaltige Ver-

minderung unserer Arbeitslosenzahl und durch die nunmehr statistisch feststehende, nicht minder bedeutende Erhöhung des gesamten Volkseinkommens.

Um der Notwendigkeit willen, unter allen Umständen die nationale Produktion in Gang zu bringen und die Zahl der Erwerbslosen zu vermindern, mußte auf manches sonst Wünschenswerte Verzicht geleistet werden.

Feinde und Gegner.

Daß unsere Tätigkeit in diesem Jahre trotzdem von zahllosen Feinden angegriffen wurde, ist selbstverständlich. Wir haben diese Belastung ertragen und werden sie auch in der Zukunft zu ertragen wissen. Wenn verkommene Emigranten, die zum weitaus größten Teil nicht aus politischen, sondern aus rein kriminellen Gründen das ihnen nunmehr bedenklich erschienene Klima ihres ehemaligen Operationsfeldes verlassen hatten und gegen Deutschland mit echter Spigbubengewandtheit und Verbrechergewissenlosigkeit eine leichtgläubige Welt zu mobilisieren versuchten, so werden deren Lügen um so kürzere Beine haben, als steigend aus den übrigen Ländern Zehntausende achtungs- und ehrenwerte Männer und Frauen nach Deutschland kommen und mit eigenen Augen die Schilderungen dieser internationalen „Verfolgten“ mit der tatsächlichen Wirklichkeit vergleichen können.

Daß weiter auch noch ein Teil kommunistischer Ideologen glaubt, das Rad der Geschichte zurückdrehen

zu müssen und sich dabei eines Untermenschentums bedient, das den Begriff der politischen Freiheit verwechselt mit dem Ausleben verbrecherischer Instinkte, wird uns desgleichen wenig bekümmern. Wir sind mit diesen Elementen fertig geworden, als sie an der Macht und wir in der Opposition waren. Wir werden mit ihnen um so sicherer in der Zukunft fertig, als nunmehr sie in der Opposition und wir an der Macht sind.

Auch ein Teil unseres bürgerlichen Intellektualismus glaubt sich mit den harten Tatsachen nicht abfinden zu können. Allein es ist wirklich nützlicher, diese wurzellose Geistigkeit als Feind zu besitzen denn als Anhänger. Denn von allem Gesunden wenden sie sich ab, aber alles Krankhafte erregt ihr Interesse und erfährt ihre Förderung.

Und zu diesen Feinden des neuen Regiments möchte ich auch die kleine Clique jener unverbesserlichen Rückwärtschauer rechnen, in deren Augen die Völker nichts anderes sind als besitzlose Faktoreien, die nur auf einen Herrn warten, um unter solch gottesgnädiger Führung dann die einzig mögliche innere Befriedigung zu finden. Und endlich rechne ich dazu noch jenes Grüppchen völkischer Ideologen, das glaubt, die Nation wäre nur dann glücklich zu machen, wenn sie die Erfahrungen und die Resultate einer zweitausendjährigen Geschichte vertilgt, um im vermeintlichen Bärenfell aufs neue ihre Wanderung anzutreten.

All diese Gegner zusammen umfassen in Deutsch-

land ziffernmäßig noch keine 2,5 Millionen Menschen gegenüber mehr als 40 Millionen, die sich zu dem neuen Staat und seinem Regiment bekennen. Diese zwei Millionen sind nicht als Opposition zu werten, denn sie sind ein wüstes Konglomerat der verschiedensten Meinungen und Auffassungen, völlig unfähig, irgendein gemeinsames positives Ziel zu verfolgen, und nur fähig zu einer gemeinsamen Ablehnung des heutigen Staates.

Konjunkturritter.

Gefährlicher als diese sind aber zwei Kategorien von Menschen, in denen wir eine wirkliche Belastung des heutigen und künftigen Reiches erblicken müssen.

Es sind dies erstens jene politischen Wandervögel, die stets dort auftauchen, wo sommerszeit gerade geerntet wird. Charakterlich schwache Subjekte, die sich aber als wahrhafte Konjunkturfanatiker auf jede erfolgreiche Bewegung stürzen und durch überlautes Geschrei und hundertprozentiges Betragen die Frage nach ihrer früheren Herkunft und Tätigkeit von vornherein zu verhindern oder zu beantworten trachten.

Sie sind gefährlich deshalb, weil sie unter der Maske des neuen Regiments ihre rein persönlichen egoistischen Interessen zu befriedigen suchen und dabei zu einer wirklichen Belastung einer Bewegung werden, für die Millionen anständige Menschen jahrelang die schwersten Opfer gebracht hatten, ohne vielleicht auch nur je in Gedanken geglaubt zu haben, es könnte

ihnen jemals vergolten werden, was sie an Leid und Entbehrungen für ihr Volk auf sich nahmen.

Von diesen aufdringlichen Parasiten den Staat und die Partei zu säubern, wird besonders für die Zukunft eine wichtige Aufgabe sein. Dann werden auch viele innerlich anständige Menschen, die aus oft verständlichen, ja zwingenden Gründen früher nicht zur Bewegung kommen konnten, den Weg zu ihr finden, ohne befürchten zu müssen, mit solchen obskuren Elementen verwechselt zu werden.

Die Erbkranken.

Und eine weitere schwere Belastung ist das Heer jener, die aus Erbveranlagung von vornherein auf der negativen Seite des völkischen Lebens geboren wurden.

Hier wird der Staat zu wahrhaft revolutionären Maßnahmen greifen können.

Es ist ein großes Verdienst der nationalsozialistischen Bewegung, daß sie schon in diesem vergangenen Jahre auf dem Wege der Gesetzgebung zum Erstangriff gegen diesen drohenden, langsamen Verfall des Volkes vorging. Wenn dabei besonders von konfessioneller Seite Bedenken vorgebracht werden und gegen diese Gesetzgebung opponiert wird, so habe ich darauf folgendes zu antworten: Es wäre zweckmäßiger, aufrichtiger und vor allem christlicher gewesen, in den vergangenen Jahrzehnten nicht zu denen zu halten, die das gesunde Leben bewußt vernichteten, statt gegen

jene zu meutern, die nichts anderes wollen, als das Kranke vermeiden.

Im übrigen ist das Geschehenlassen auf diesem Gebiet nicht nur eine Grausamkeit gegen die einzelnen unschuldigen Opfer, sondern auch eine Grausamkeit gegen die Gesamtheit des Volkes. Wenn die Entwicklung so weitergehen würde wie in den letzten hundert Jahren, würde die Zahl der der öffentlichen Fürsorge Unterstellten dereinst bedrohlich an die heranrücken, die am Ende dann die einzigen Träger der Erhaltung der Gemeinschaft wären.

Nicht die Kirchen ernähren die Armeen dieser Unglücklichen, sondern das Volk muß es tun. Wenn sich die Kirchen bereit erklären sollten, diese Erbkranken aber in ihre Pflege und Obforgen zu nehmen, sind wir gern bereit, auf ihre Unfruchtbarmachung Verzicht zu leisten. Solange aber der Staat dazu verdammt ist, von seinen Bürgern jährlich steigende Riesenbeträge aufzubringen — die heute in Deutschland bereits die Summe von 350 Millionen überschreiten —, zur Erhaltung dieser bedauerlichen Erbkranken der Nation, dann ist er gezwungen, jene Abhilfe zu schaffen, die sowohl verhütet, daß sich in der Zukunft so unverdientes Leid weitervererbt, als auch verhindert, daß damit Millionen Gesunden oft das zum Leben Nötigste entzogen werden muß, um Millionen Ungefunde künstlich am Leben zu erhalten.

Dank an die Kämpfer der Revolution.

Männer des Deutschen Reichstags! So groß die Ergebnisse des Jahres der nationalsozialistischen Revolution und Staatsführung sind, so ist doch noch bemerkenswerter die Tatsache, daß diese große Umwälzung in unserem Volk stattfinden konnte erstens in einem geradezu blitzschnellen Tempo und zweitens fast ohne jedes Blutvergießen.

Es ist das Schicksal der überwiegenden Mehrzahl aller Revolutionen, in der Eile des Vorwärtstürens den festen Boden ganz unter den Füßen zu verlieren, um endlich irgendwo an den harten Tatsachen doch wieder zu zerschellen. Wir aber haben diese nationale Erhebung im großen so mustergültig führen können, wie dies außer bei der faschistischen Revolution in Italien wohl kaum jemals zuvor der Fall war.

Die Gründe liegen in der Tatsache, daß nicht ein zur Verzweiflung getriebenes, aber im übrigen desorganisiertes Volk die Fahne des Aufruhrs erhob und die Brandsackel an den bestehenden Staat legte, sondern eine glänzend organisierte Bewegung mit in langen Jahren disziplinierten Anhängern kämpfte. Dies ist das unvergängliche Verdienst der nationalsozialistischen Partei und ihrer Organisationen, es ist das Verdienst der braunen Garde. Sie hat die deutsche Erhebung vorbereitet, fast ohne Blutvergießen mit beispielloser Programmäßigkeit durchgeführt und abgeschlossen.

Dieses Wunder war weiter aber auch nur denkbar durch die freiwillige und restlose Zustimmung derer, die als Führer ähnlicher Organisationen gleiche Ziele anstrebten, oder als Offiziere die deutsche Wehrmacht repräsentierten.

Es ist ein einzigartiges geschichtliches Beispiel, daß zwischen den Kräften der Revolution und den verantwortlichen Führern einer auf das äußerste disziplinierten Wehrmacht solch herzliche Verbundenheit im Dienste des Volkes in Erscheinung trat, wie zwischen der nationalsozialistischen Partei und mir als ihrem Führer einerseits und den Offizieren und Soldaten des deutschen Reichsheeres und der Marine andererseits.

Wenn der Stahlhelm in diesen zwölf Monaten mehr und mehr zum Nationalsozialismus stieß, um endlich in einer Verschmelzung dieser Verbrüderung den schönsten Ausdruck zu geben, dann hat die Armee und ihre Führung in der gleichen Zeit in bedingungsloser Treue und Gefolgschaft zum neuen Staat gestanden und uns vor der Geschichte überhaupt erst den Erfolg unserer Arbeit ermöglicht.

Denn nicht ein Bürgerkrieg konnte Deutschland retten, sondern nur die einmütige Zusammenfassung all jener, die auch in den schlimmsten Jahren den Glauben nicht verloren hatten an das deutsche Volk und an das Deutsche Reich.

Ich darf zum Abschluß dieses Jahres der größten innerpolitischen Revolution und als besonderes Zeichen der gewaltigen, einigenden Kraft unseres Ideals noch

darauf hinweisen, daß in einem Kabinett, dem im Januar 1933 nur drei Nationalsozialisten angehörten, auch heute noch alle Minister in Tätigkeit sind, ausgenommen einen Mann, der aus eigenem Willen ging und den ich zu meiner großen Freude als wirklichen deutschen Patrioten auf unserer Liste gewählt in diesem Saal weiß. So haben die Männer der am 30. Januar 1933 gebildeten Regierung auch unter sich das erfüllt, was sie vom ganzen deutschen Volk forderten: Unter Hintansetzung früherer Differenzen gemeinsam zu arbeiten für unseres Volkes Wiederauferstehen und unseres Reiches Ehre und Freiheit. Der Kampf um die innere Neugestaltung des deutschen Volkes und Reiches, der seinen höchsten Ausdruck in der Verschmelzung von Partei und Staat, von Volk und Reich erhielt, ist nicht abgeschlossen.

Die Aufgaben der Zukunft.

Getreu der Proklamation beim Antritt unserer Regierung vor einem Jahr, werden wir ihn weiterführen. Auch in der Zukunft sind die Aufgaben unseres innenpolitischen Wollens und Handelns damit schon vorgezeichnet: Stärkung des Reiches durch die Zusammenfassung aller Kräfte in einer organisatorischen Form, die endlich das nachholt, was durch Eignisucht und Unfähigkeit in einem halben Jahrtausend versäumt wurde. Förderung der Wohlfahrt unseres Volkes auf allen Gebieten des Lebens und einer gesitteten Kultur.

Der Deutsche Reichstag wird noch in diesen Stunden durch die Verabschiedung eines neuen Gesetzes der Regierung die weitere legale Ermächtigung zu geben haben, zur Fortsetzung der nationalsozialistischen Revolution.

Kampf für die deutsche Gleichberechtigung.

Als ich am 30. Januar von dem Herrn Reichspräsidenten mit der Führung der neuen Regierung beauftragt wurde, bewegte mich und mit mir nicht nur die Mitglieder des Kabinetts, sondern das ganze deutsche Volk das einzig brennend-heiße Gebet, der allmächtige Gott möge es uns geben, dem deutschen Volke die Ehre und Gleichberechtigung vor der Welt wieder zurückzuerlangen. Als aufrichtige Anhänger einer wirklichen Politik der Versöhnung glaubten wir dadurch am besten beitragen zu können zu einem wahrhaften Frieden der Völker. Diese Gedanken haben wir zum Prinzip unseres ganzen außenpolitischen Handelns gemacht.

Das neue Deutsche Reich trat grundsätzlich allen Völkern und Staaten gegenüber, beseelt nur von dem einen Wunsch, in Frieden und Freundschaft mit ihnen zu leben. Wir waren überzeugt, daß es auf dieser Welt wieder möglich werden muß, über Differenzen im Völkerleben zu sprechen, ohne immer sofort an die Gewalt zu denken.

Es ist eines der schlimmsten Ergebnisse des Friedensvertrages von Versailles, durch die Verewigung des Begriffes von Sieger und Besiegten zwangsläufig

auch die Gefahr einer Berewigung des Gedankens herbeigeführt zu haben, daß Meinungsdivergenzen und Interessengegensätze im Völkerleben vom schwächeren Teil entweder überhaupt nicht geäußert werden dürfen oder vom stärkeren mit der Gewalt der Waffe zu beantworten seien. Der Gedanke, auf dem Wege vertraglich zu duldbender Sanktionen dem einen erst einmal rechtlos Gemachten immer neues Unrecht zuzufügen zu können, kann für die Moral des Zusammenlebens der Völker nur zu grauenhaften Verwüstungen führen. Denn erfahrungsgemäß pflegt die demütige Unterwürfigkeit der Besiegten immer weniger die Sieger zu besänftigen, als vielmehr zu stets neuen Übergriffen zu reizen.

14 Jahre lang hat das deutsche Volk auf dem Wege einer wahrhaft selbstmörderischen Erfüllungspolitik versucht, unversöhnliche Feinde zu versöhnen und zur Aufrichtung einer neuen europäischen Staatengemeinschaft seinen Teil beizutragen.

Die Ergebnisse waren tieftraurige. Der Hinweis auf eingetretene Milderungen in der Reparationspolitik beweist nicht das Gegenteil. Denn erst nach dem Ruin nicht nur der deutschen Wirtschaft, sondern in einem hohen Umfange auch der Weltwirtschaft entschloß man sich vertraglich ein Verfahren zu beenden, das sachlich mangels einer in Deutschland noch irgendwie vorhandenen Substanz ohnehin schon seine Erledigung gefunden hatte.

Indem die neue deutsche Regierung entschlossen war, den Kampf für die deutsche Gleichberechtigung auch

auf dem politischen Gebiete aufzunehmen, war sie überzeugt, damit erst recht einen Beitrag zur Gesundung der weltwirtschaftlichen Beziehungen zu liefern. Denn ohne eine vollständige Entgiftung der politischen Beziehungen der Völker zueinander und damit der politischen Atmosphäre überhaupt, kann es auch wirtschaftlich zu keiner vertrauensvollen Zusammenarbeit kommen.

Diese aber wird nötig sein, wenn man in den kommenden Jahren ernstlich darangehen will, die großen Probleme zu meistern, die sich aus den Verlagerungen und Veränderungen der Absatzmärkte der Welt einerseits und dem gleichgebliebenen Exportzwang bestimmter Nationen andererseits ergeben.

Beziehungen zu anderen Ländern.

Grundsätzlich geht die deutsche Regierung von dem Gedanken aus, daß es für die Gestaltung unserer Beziehungen zu anderen Ländern selbstverständlich belanglos ist, welcher Art die Verfassung und Regierungsform sein mag, die die Völker sich zu geben belieben. Es ist dies eines jeden Volkes ureigenste Angelegenheit, sein inneres Leben zu bestimmen nach eigenem Ermessen. Es ist daher aber auch die eigenste Angelegenheit des deutschen Volkes, den geistigen Gehalt und die konstruktive Form seiner Staatsorganisationen und Staatsführung nach eigener Empfindung zu wählen.

Wir haben noch viele Monate hindurch schmerzlich

feststellen müssen, daß die Differenz, die sich zwischen unserer Weltanschauung und der anderer Völker zeigt, zum Anlaß genommen wurde, das deutsche Volk und Deutsche Reich nicht nur mit zahlreichen ungerechtfertigten Vorwürfen zu überschütten, sondern ihm auch mit einem durch nichts begründeten Mißtrauen zu begegnen.

Wir haben uns diese Auffassungen nicht zu eigen gemacht. Es war in den vergangenen 12 Monaten unser aufrichtigstes Bestreben, die Beziehungen des Deutschen Reiches zu allen übrigen Staaten im Geiste der Versöhnlichkeit und der Verständigungsbereitschaft zu pflegen auch dann, wenn zwischen den Staatsauffassungen dieser Länder und uns große, ja unüberbrückbare Unterschiede bestehen.

Sowohl den Staaten demokratischer Fassung als auch den Staaten antidemokratischer Tendenz gegenüber beherrschte uns die gleiche Absicht, Mittel und Wege zu finden zum Ausgleich der Gegensätze und zur internationalen Zusammenarbeit.

Rußland.

Nur so war es verständlich, daß trotz der großen Differenz der beiden herrschenden Weltanschauungen das Deutsche Reich sich auch in diesem Jahre bemühte, seine freundschaftlichen Beziehungen Rußland gegenüber weiter zu pflegen. Wenn Herr Stalin in seiner letzten großen Rede der Befürchtung Ausdruck gab, in Deutschland möchten sowjetfeindliche Kräfte tätig

sein, so muß ich an dieser Stelle diese Meinung dahin korrigieren, daß genau so wenig wie in Rußland eine deutsche nationalsozialistische Tendenz geduldet würde, Deutschland eine kommunistische Tendenz oder gar Propaganda dulden wird! Je klarer und eindeutiger diese Tatsache in Erscheinung tritt und von beiden Staaten respektiert wird, um so natürlicher kann die Pflege der Interessen sein, die den beiden Ländern gemein sind. Wir begrüßen daher auch das Bestreben nach einer Stabilisierung der Verhältnisse im Osten durch ein System von Pakten, wenn die leitenden Gesichtspunkte dabei weniger taktisch-politischer Natur sind, als vielmehr der Verstärkung des Friedens dienen sollen.

Polen.

Aus diesem Grunde und um diesen Absichten zu entsprechen, hat sich die deutsche Regierung auch vom ersten Jahre an bemüht, ein neues und besseres Verhältnis zum polnischen Staate zu finden.

Als ich am 30. Januar die Regierung übernahm, schienen mir die Beziehungen zwischen den beiden Ländern mehr als unbefriedigend zu sein. Es drohte die Gefahr, daß sich aus zweifellos vorhandenen Differenzen, die ihre Ursachen einerseits in den Territorialbestimmungen des Versailler Vertrages, andererseits in der daraus resultierenden beiderseitigen Gereiztheit hatten, allmählich eine Feindschaft erhärtete, die nur zu leicht bei längerer Fortdauer den Charakter einer

beiderseitigen politischen Erbbelastung annehmen könnte.

Eine solche Entwicklung würde, abgesehen von den drohenden Gefahren, die sie latent birgt, für die ganze Zukunft einer segensreichen Zusammenarbeit der beiden Völker hinderlich sein.

Deutsche und Polen werden sich mit der Tatsache ihrer Existenz gegenseitig abfinden müssen. Es ist daher zweckmäßiger, einem Zustand, den tausend Jahre vorher nicht zu beseitigen vermochten und nach uns genau so wenig beseitigen werden, so zu gestalten, daß aus ihm für beide Nationen ein möglichst hoher Nutzen gezogen werden kann.

Es schien mir weiter erforderlich, an einem konkreten Beispiel zu zeigen, daß ohne Zweifel bestehende Differenzen nicht verhindern dürfen, im Völkerleben jene Form des gegenseitigen Verkehrs zu finden, die dem Frieden und damit der Wohlfahrt der beiden Völker nützlicher ist als die politische und am Ende auch wirtschaftliche Lähmung, die zwangsläufig aus einem dauernden Lauerzustande gegenseitigen Mißtrauens sich ergeben muß.

Es schien mir weiter richtig zu sein, zu versuchen, in einem solchen Falle durch eine freimütige und offene Aussprache zu zweit die nun einmal die beiden Länder betreffenden Probleme zu behandeln, als dauernd Dritte und Vierte mit dieser Aufgabe zu betrauen. Im übrigen mögen in der Zukunft die Differenzen zwischen den beiden Ländern sein, wie sie wollen: Der Versuch, sie durch kriegerische Aktionen zu beheben,

würde in seinen katastrophalen Auswirkungen in keinem Verhältnis stehen zu dem irgendwie möglichen Gewinn!

Die deutsche Regierung war daher glücklich, bei dem Führer des heutigen polnischen Staates, Marschall Pilsudski, dieselbe großzügige Auffassung zu finden und diese beiderseitige Erkenntnis in einem Vertrage niederzulegen, der nicht nur dem polnischen und dem deutschen Volke gleichermaßen nützlich sein wird, sondern auch einen hohen Beitrag zur Erhaltung des allgemeinen Friedens darstellt.

Die deutsche Regierung ist gewillt und bereit, im Sinne dieses Vertrages auch die wirtschaftspolitischen Beziehungen Polen gegenüber so zu pflegen, daß hier gleichfalls dem Zustande unfruchtbarer Zurückhaltung eine Zeit nützlicher Zusammenarbeit folgen kann.

Daß es in diesem selben Jahr auch der nationalsozialistischen Regierung in Danzig möglich wurde, zu einer ähnlichen Klärung des Verhältnisses zum polnischen Nachbarstaate zu kommen, erfüllt uns mit besonderer Freude.

Osterreich und die österreichische Regierung.

Zum großen Bedauern der deutschen Reichsregierung sind demgegenüber die Beziehungen des Reiches zur derzeitigen österreichischen Regierung keine befriedigenden. Die Schuld liegt nicht auf unserer Seite. Die Behauptung, daß das Deutsche Reich beabsichtige, den österreichischen Staat zu vergewaltigen, ist absurd und kann durch nichts belegt oder erwiesen werden.

Allein, es ist selbstverständlich, daß eine, die ganze deutsche Nation erfassende und sie auf das tiefste bewegende Idee nicht vor den Grenzpfählen eines Landes haltmachen wird, das nicht nur seinem Volke nach deutsch ist, sondern seiner Geschichte nach als deutsche Ostmark durch viele Jahrhunderte hindurch ein integrierender Bestandteil des Deutschen Reiches war, ja dessen Hauptstadt ein halbes Jahrtausend lang die Ehre hatte, Residenz der deutschen Kaiser zu sein und dessen Soldaten noch im Weltkrieg Seite an Seite mit den deutschen Regimentern und Divisionen marschierten.

Auch davon abgesehen, ist aber diese Tatsache keine absonderliche, wenn man berücksichtigt, daß fast alle europäischen geistig revolutionären Gedanken und Vorstellungen bisher noch immer über die Grenzen einzelner Länder hinweg wirksam wurden. So haben die Ideen der Französischen Revolution in ganz Europa über die staatlichen Schranken hinweg die Völker erfüllt, genau wie heute die nationalsozialistische Idee auch vom österreichischen Deutschtum verständlicherweise in natürlicher Geistes- und Seelenverbindung mit dem ganzen deutschen Volk aufgegriffen wurde.

Wenn die derzeitige österreichische Regierung es für notwendig hält, diese Bewegung unter Einsatz äußerster staatlicher Mittel zu unterdrücken, so ist dies selbstverständlich ihre eigene Angelegenheit. Sie muß aber dann auch persönlich für die Folgen ihrer eigenen Politik die Verantwortung übernehmen und für sie einstehen. Die deutsche Reichsregierung hat aus dem

Vorgehen der österreichischen Regierung gegen den Nationalsozialismus überhaupt erst in dem Augenblick die Konsequenzen gezogen, da deutsche Reichsangehörige, die in Österreich lebten oder sich dort als Fremde aufhielten, davon betroffen wurden.

Es kann der deutschen Reichsregierung nicht zugemutet werden, ihre Bürger als Gäste in ein Land zu schicken, dessen Regierung unmißverständlich zum Ausdruck gebracht hat, im Nationalsozialisten an sich ein unliebsames Element zu erblicken.

So wenig man auf einen amerikanischen und englischen Reiseverkehr in Deutschland rechnen dürfte, wenn diesen Reisenden auf deutschem Gebiet ihre nationalen Hoheitszeichen und Fahnen abgerissen würden, so wenig wird es die deutsche Reichsregierung hinnehmen, daß jenen Deutschen, die als Fremde und Gäste in ein anderes und noch dazu deutsches Land kommen, diese entwürdigende Behandlung zuteil wird, denn das Hoheitszeichen und die Hakenkreuzfahne sind Symbole des heutigen Deutschen Reiches. Deutsche aber, die heute in das Ausland reisen, sind, abgesehen von den Emigranten, immer Nationalsozialisten!

Wenn die österreichische Regierung sich darüber beklagt, daß Deutschland seine Bürger zurückhält, in ein Land zu reisen, dessen Regierung selbst dem einzelnen Angehörigen einer hier herrschenden Weltanschauung so feindselig gegenübertritt, so mag sie bedenken, daß sich bei einer Vermeidung dieser deutschen Maßnahmen zwangsläufige Zustände ergeben würden, die dann tatsächlich unerträglich wären. Denn da

der heutige deutsche Reichsangehörige zu stolz und zu selbstbewußt ist, um sich sein nationales Ehrenzeichen widerstandslos herunterreißen zu lassen, bleibt nichts anderes übrig, als ein solches Land mit unserem Besuche zu verschonen.

Die weitere Behauptung der österreichischen Regierung, daß von seiten des Reiches aus irgendein Angriff gegen den österreichischen Staat unternommen werde oder auch nur geplant sei, muß ich schärfstens zurückweisen. Wenn die Zehntausende politischer Flüchtlinge in Österreich im heutigen Deutschland einen heißen Anteil nehmen an dem Geschehen in ihrer Heimat, so mag das in manchen Auswirkungen bedauerlich sein, ist aber von seiten des Reiches aus um so weniger zu verhindern, als auch die übrige Welt bisher nicht in der Lage war, den tätigen Anteil der deutschen Emigranten im Ausland an der deutschen Entwicklung irgendwie abzustellen.

Wenn die österreichische Regierung sich beklagt über eine politische Propaganda, die von Deutschland aus gegen Österreich stattfindet, so könnte sich die deutsche Regierung mit mehr Recht beklagen über die politische Propaganda, die in den anderen Ländern von den dort lebenden politischen Emigranten gegen Deutschland getrieben wird.

Daß die deutsche Presse in deutscher Sprache erscheint und daher auch von der österreichischen Bevölkerung gelesen werden kann, ist für die derzeitige österreichische Regierung vielleicht bedauerlich, aber durch die deutsche Reichsregierung nicht zu ändern.

Wenn aber in nichtdeutschen Ländern deutsche Zeitungen in Millionenaufgaben gedruckt und nach Deutschland befördert werden, so läge darin für die deutsche Regierung ein wirklicher Grund zum Protest vor, da es nicht erklärlich ist, warum z. B. Berliner Zeitungen in Prag oder Paris herausgegeben werden müssen.

Wie schwer Einwirkungen politischer Emigranten auf das Mutterland zu unterbinden sind, geht am einwandfreiesten daraus hervor, daß selbst dort, wo der Völkerbund in eigener Hoheit die Geschäfte eines Landes wahrnimmt, die Einwirkungen emigrierter Kreise auf das frühere Mutterland ersichtlich nicht unterbunden werden können. Erst vor wenigen Tagen hat die deutsche Staatspolizei wieder an der Grenze des Saar- gebiets 16 Kommunisten verhaftet, die große Mengen staatsfeindlichen Propagandamaterials aus dieser Domäne des Völkerbundes in das Deutsche Reich zu schmuggeln versuchten. Wenn aber so etwas am grünen Holze möglich ist, kann man schwerlich wegen behaupteter ähnlicher Vorgänge gegen das Deutsche Reich einen Vorwurf erheben.

Die deutsche Reichsregierung stellt auch keine weitere Anklage gegen die umliegenden Staaten wegen der dort gegen Deutschland geduldeten Emigrantenpropaganda, die sich sogar bis zur Bildung eines zur Verhöhnung des obersten deutschen Gerichtshofes veranstalteten Justizkomödie steigerte und ihren letzten Ausdruck auch heute noch in einer wüsten Boykott- heße findet. Die deutsche Reichsregierung kann auf

die Anklage verzichten, weil sie sich als die nicht zu erschütternde Repräsentantin und Vertrauensträgerin des Willens der deutschen Nation fühlt. Sie hat die innere Sicherheit erhalten, indem sie es nicht unterließ, zu ihrer eigenen Beruhigung und zur Aufklärung der übrigen Welt in einem Jahre einige Male an das deutsche Volk zu appellieren und sich dieses Vertrauen auf dem Wege der Abstimmung bestätigen zu lassen, ohn dazu irgendwie gezwungen zu sein.

Es würde den Wert der gegen die heutige österreichische Regierung gerichteten Angriffe sofort erlebigen, wenn diese sich entschließen könnte, das deutsche Volk in Osterreich ebenfalls aufzurufen, um die Identität seines Willens mit dem Willen der Regierung vor aller Welt festzustellen.

Ich glaube nicht, daß z. B. die Regierung der Schweiz, die auch Millionen Bürger deutscher Nationalität besitzt, irgendeine Klage über den Versuch einer Einnengung deutscher Kreise in ihre inneren Angelegenheiten vorbringen könnte. Der Grund scheint mir darin zu liegen, daß dort eine ersichtlich vom Vertrauen des schweizerischen Volkes getragene Regierung besteht, die es daher auch nicht nötig hat, innere Schwierigkeiten auf außenpolitische Motive zurückzuführen.

Ohne uns im geringsten in die inneren Verhältnisse anderer Staaten einmischen zu wollen, glaube ich doch, das eine sagen zu müssen: Nur mit Gewalt allein kann auf die Dauer kein Regiment bestehen. Es wird auch in der Zukunft daher jederzeit eine erste Sorge der nationalsozialistischen Regierung des Reiches sein,

immer wieder von neuem festzustellen, inwieweit sich der Wille der Nation verkörpert in der sie führenden Regierung. Und in diesem Sinne sind wir Wilde doch wirklich bessere Demokraten.

Im übrigen muß ich, der ich mich selbst mit stolzer Freude zum österreichischen Bruderlande als meiner Heimat und der Heimat meines Vaterhauses bekenne, Protest einlegen gegen die Auffassung, als ob die deutsche Gesinnung des österreichischen Volkes überhaupt irgendwelcher Aufreizungen aus dem Reiche bedürfte.

Ich glaube, meine Heimat und ihr Volk auch heute noch gut genug zu kennen, um zu wissen, daß der Pulsschlag, der 66 Millionen Deutsche im Reiche erfüllt, auch ihre Herzen und Sinne bewegt.

Möchte das Schicksal es fügen, daß aus diesen unbefriedigenden Zuständen endlich dennoch der Weg zu einem wirklichen versöhnenden Ausgleich gefunden wird. Das Deutsche Reich ist bei voller Respektierung des freien Willens des österreichischen Deutschtums jederzeit bereit, die Hand zu einer wirklichen Verständigung zu reichen.

Italien.

Ich kann in dieser außenpolitischen Betrachtung nicht die freudige Empfindung übergehen, daß in diesem Jahr die vom Nationalsozialismus stets gepflegte, ja geradezu traditionelle Freundschaft zum faschistischen Italien und die hohe Verehrung, die der große Führer dieses Volkes auch bei uns genießt, in den Beziehungen

der beiden Staaten zueinander eine weitere vielfältige Festigung erfahren hat. Das deutsche Volk empfindet dankbar die vielen Beweise einer ebenso staatsmännischen wie objektiven Gerechtigkeit, die es sowohl innerhalb der Genfer Verhandlungen als auch späterhin durch das heutige Italien erfahren hat.

Der Besuch des italienischen Staatssekretärs Cuvich hat uns zum erstenmal die Möglichkeit gegeben, auch in Berlin diesen Empfindungen für das weltanschaulich uns so nahestehende italienische Volk und seinen überragenden Staatsmann einen schwachen Ausdruck zu geben.

Frankreich.

So wie sich die nationalsozialistische Regierung des Reiches in diesem Jahre bemühte, eine Verständigung mit Polen zu finden, so war es auch unser ehrliches Bemühen, die Gegensätze zwischen Frankreich und Deutschland zu mildern und wenn möglich durch eine Generalbereinigung den Weg zu einer endgültigen Verständigung zu finden.

Der Kampf um die deutsche Gleichberechtigung, der von uns als Kampf um die Ehre und das Recht unseres Volkes niemals aufgegeben werden wird, könnte meines Erachtens keine bessere Beendigung finden als durch eine Ausöhnung der beiden großen Nationen, die in den letzten Jahrhunderten so oft das Blut ihrer besten Söhne auf den Schlachtfeldern vergossen, ohne an der endgültigen Lagerung der Tatsachen dadurch Wesentliches zu ändern.

Ich glaube daher auch, daß dieses Problem nicht ausschließlich durch die Brille kalter Berufspolitiker und -diplomaten gesehen werden kann, sondern daß es seine endgültige Lösung nur finden wird durch einen warmherzigen Entschluß derer, die sich vielleicht früher als Feinde gegenübergestanden sind, aber in der auf der beiderseitigen Tapferkeit begründeten Hochachtung eine Brücke finden könnten in eine Zukunft, die eine Wiederholung vergangener Leiden so oder so nicht mehr kennen darf, wenn nicht Europa tatsächlich an den Rand des Abgrundes gebracht werden soll.

Frankreich fürchtet um seine Sicherheit. Niemand in Deutschland will sie bedrohen, und wir sind bereit, alles zu tun, um dies zu beweisen. Deutschland fordert seine Gleichberechtigung.

Niemand in der Welt hat das Recht, einer großen Nation diese zu verweigern, und niemand wird die Macht haben, sie auf die Dauer zu verhindern.

Für uns aber, die wir lebende Zeugen des großen grauenhaften Krieges sind, ist nichts fernerliegend als der Gedanke, diese auf beiden Seiten verständlichen Empfindungen und Forderungen in irgendeinen Zusammenhang zu bringen mit dem etwaigen Wunsche eines neuerlichen Messens der Kräfte der beiden Völker auf dem Schlachtfelde, das in seinen Folgen zwangsläufig zu einem internationalen Chaos führen müßte.

Aus diesen Empfindungen heraus habe ich auch versucht, im Geiste der angestrebten notwendigen Zusammenarbeit der beiden Nationen schon jetzt die

Fragen einer Lösung entgegenzuführen, die ansonsten nur zu leicht geeignet sind, eine neue Erhitzung der Leidenschaften zu fördern.

Das Saarproblem.

Mein Vorschlag, Deutschland und Frankreich möchten gemeinsam schon jetzt das Saarproblem bereinigen, entsprang folgenden Erwägungen:

1. Diese Frage ist die einzige, die territorial zwischen den beiden Ländern noch offensteht. Die deutsche Regierung ist nach Lösung dieser Frage bereit und entschlossen, die äußere Formulierung des Locarno-paktes auch innerlich zu akzeptieren, da es dann für sie zwischen Frankreich und Deutschland keine territoriale Frage mehr gibt.

2. Die deutsche Regierung befürchtet, daß, trotzdem die Abstimmung eine unerhörte Mehrheit für Deutschland ergeben wird, dennoch — besonders geschürt durch unverantwortliche Kreise der Emigration — im Zuge der Vorbereitung zur Abstimmung eine propagandistische neue Aufstachelung nationaler Leidenschaften stattfindet, die angesichts des ohnedies feststehenden Endergebnisses nicht notwendig wäre und daher bedauert werden muß.

3. Ganz gleich, wie die Abstimmung ausgehen würde, sie wird in jedem Falle bei einer der beiden Nationen zwangsläufig das Gefühl einer Niederlage zurücklassen. Und wenn auch in Deutschland dann Freudenfeuer brennen werden, so würden wir doch

vom Gesichtspunkt der Versöhnung der beiden Länder es mehr begrüßen, wenn schon vorher eine beide Seiten gleichmäßig befriedigende Lösung gefunden werden könnte.

4. Wir sind überzeugt, daß, wenn Frankreich und Deutschland diese Frage vorher in einem gemeinsamen Vertragsentwurf geregelt und entschieden hätten, die gesamte Bevölkerung der Saar bei einer Abstimmung in überwältigender Mehrheit freudig für diese Regelung eintreten würde, mit dem Ergebnis, daß der Anspruch der Saarbevölkerung auf die Abgabe ihres Votums seine Erfüllung gefunden hätte, ohne daß eine der beiden interessierten Nationen den Ausgang der Abstimmung als Sieg oder Niederlage zu empfinden brauchte, und ohne daß der Propaganda die Möglichkeit einer solchen neuen Störung einer sich anbahnenden gegenseitigen Verständigung zwischen dem deutschen und französischen Volk gegeben wäre.

Ich bedaure daher auch heute noch, daß französischerseits geglaubt wurde, diesem Gedanken nicht folgen zu können. Ich gebe aber dennoch die Hoffnung nicht auf, daß trotzdem in beiden Nationen der Wille, zu einer wahrhaften Ausöhnung und endgültigen Begrabung des historischen Kriegsbeils zu kommen, immer mehr sich verstärken und endlich durchsetzen wird.

Wenn dieses gelingt, wird die von Deutschland unerschütterlich geforderte Gleichberechtigung dann auch in Frankreich nicht mehr als Angriff gegen die

Sicherheit der französischen Nation, sondern als das selbstverständliche Recht eines großen Volkes angesehen werden, mit dem man nicht nur politisch in Freundschaft lebt, sondern wirtschaftlich so unendlich viele gemeinsame Interessen besitzt.

Großbritannien.

Wir begrüßen es dankbar, daß die Regierung Großbritanniens sich bemüht, einer solchen Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen ihre Hilfe zur Verfügung zu stellen. Der mir gestern vom britischen Botschafter überreichte Entwurf eines neuen Abrüstungsvorschlages wird von uns mit bestem Willen in dem Geiste geprüft werden, den ich in meiner Rede im Mai als den unsere Außenpolitik beherrschenden darzulegen mich bemühte.

Arbeit am Frieden.

Wenn sich die deutsche Regierung in diesem Jahre entschließen mußte, aus der Abrüstungskonferenz und dem Völkerbunde auszuschcheiden, dann geschah dies nur, weil die Entwicklung der Deutschland auf das tiefste bewegenden Frage der Herstellung unserer Gleichberechtigung in Verbindung mit einer internationalen Rüstungsfestsetzung nicht mehr mit dem zu vereinen war, was ich im Mai als unabänderliche Grundforderung nicht nur für die nationale Sicherheit des Deutschen Reiches, sondern auch für die nationale Ehre unseres Volkes aufstellen mußte.

Ich kann in diesem Augenblick nur noch einmal der

Welt gegenüber wiederholen, daß keine Drohung und keine Gewalt das deutsche Volk jemals bewegen werden, auf jene Rechte Verzicht zu leisten, die einer souveränen Nation nicht bestritten werden können.

Ich kann weiter aber versichern, daß diese souveräne Nation keinen anderen Wunsch hat, als die Kraft und das Gewicht ihrer politischen, sittlichen und wirtschaftlichen Werte freudig einzusetzen nicht nur zur Heilung der Wunden, die eine vergangene Zeit den menschlichen Gemeinwesen geschlagen hat, sondern auch im Dienste der Zusammenarbeit jener gestifteten Kulturnationen, die, wie ein englischer Staatsmann mit Recht sagt, durch ihre Werke des Geistes und der Arbeit das Sein auf dieser Welt erst schön und wahrhaft lebenswert gestalten.

Nach einem Jahr der nationalsozialistischen Revolution sind das Deutsche Reich und das deutsche Volk innerlich und äußerlich reifer geworden für die Übernahme des Teiles der Verantwortung am Gedeihen und am Glück aller Völker, der einer so großen Nation von der Vorsehung zugewiesen ist und daher von Menschen nicht bestritten werden kann.

Die Bereitwilligkeit zu dieser wahrhaft internationalen Pflichterfüllung kann keinen schöneren symbolischen Ausdruck finden als in der Person des greisen Marschalls, der als Offizier und siegreicher Führer in Kriegen und Schlachten für unseres Volkes Größe kämpfte und heute als Präsident des Reiches ehrwürdigster Garant ist für die uns alle bewegende Arbeit am Frieden.

Gesetz über den Neuaufbau des Reiches vom 30. Januar 1934

Die Volksabstimmung und die Reichstagswahl vom 12. November 1933 haben bewiesen, daß das deutsche Volk über alle innenpolitischen Grenzen und Gegensätze hinweg zu einer unlöslichen, inneren Einheit verschmolzen ist.

Der Reichstag hat daher einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das mit einmütiger Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird, nachdem festgestellt ist, daß die Erfordernisse verfassungsändernder Gesetzgebung erfüllt sind:

Artikel 1

Die Volksvertretungen der Länder werden aufgehoben.

Artikel 2

(1) Die Hoheitsrechte der Länder gehen auf das Reich über.

(2) Die Landesregierungen unterstehen der Reichsregierung.

Artikel 3

Die Reichsstatthalter unterstehen der Dienstaufsicht des Reichsministers des Innern.

Artikel 4

Die Reichsregierung kann neues Verfassungsrecht setzen.

Artikel 5

Der Reichsminister des Innern erläßt die zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften.

Artikel 6

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 30. Januar 1934.

Der Reichspräsident
von Hindenburg

Der Reichskanzler
Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern
Fried

Die Rede von Reichsminister Dr. Frick am 31. Januar 1934 im Deutschlandsender

Deutsche Männer! Deutsche Frauen!

Der 30. Januar 1934, der für das deutsche Volk ein Tag des Rückblicks auf ein äußerst arbeitsreiches und nicht minder erfolgreiches Jahr bedeutet, wird zugleich als der Beginn einer neuen, so Gott will, segensreichen Entwicklung in die Geschichte des deutschen Volkes einziehen, denn das auf Grund der Erklärungen des Führers und Volkskanzlers in der gestrigen Reichstagsfikung vom Reichstag einstimmig angenommene „Gesetz über den Neuaufbau des Reiches“ bringt dem deutschen Volke endlich die langersehnte staatliche Einheit.

Solange es Deutsche gibt, solange besteht wohl die Sehnsucht des deutschen Menschen, seinem Leben als Volk auch die äußere geschlossene staatliche Form zu geben. Und doch ist in einer über tausendjährigen Geschichte des deutschen Volkes dieser Wunsch nur einmal erfüllt worden. Zur Zeit der Sachsen- und Frankenkaiser bestand ein starker, in sich geschlossener deutscher Nationalstaat, der in der Lage war, die geballte Kraft des Volkes gegen seine Feinde zu wenden, um nach außen seine Grenzen zu schützen und im Innern dem

Frieden zu dienen. Aber nur Knapp zweihundert Jahre währte dieses Erste Reich. Schon unter den Hohenstaufen begann trotz äußeren Glanzes der Verfall des Reiches, der erst in unseren Tagen sein Ende finden sollte. Die Kaiser begannen der römischen Kaiserkrone mehr Wert beizulegen als ihrem deutschen Königstum. Sie verzettelten die Kraft ihres Volkes in immer neuen Kriegen mit dem Papst, mit Italien und sonstigen Gegnern ihrer Machtansprüche außerhalb Deutschlands. Sie opferten deutsches Volkstum zugunsten einer Kaiserkrone, die ihnen äußeren Glanz, aber keine Macht verlieh, die sie zugunsten ihres Volkes anwenden konnten. Im Innern benutzten die Fürsten und die geistlichen Herren die allzu häufige Abwesenheit des Kaisers, um ihre eigene Hausmacht zu stärken. Je größer und stärker die Fürsten wurden, desto schwächer wurde der Kaiser. Um nur ja eine starke Reichsgewalt zu verhindern, brachten es die Fürsten sogar fertig, volksfremde Ausländer zu deutschen Kaisern zu wählen und sich mit dem Auslande zu verbünden. Ein Blick auf die deutsche Landkarte des Mittelalters zeigt ein grauenvolles Bild der Zerrissenheit und Zersplitterung. Die Folgen dieser Entwicklung hatte das Volk selbst zu tragen. Der deutsche Boden wurde der Kriegsschauplatz Europas. Spanier, Schweden, Ungarn, Franzosen, Türken und Böhmen kämpften auf deutschem Boden und richteten ungeheuerliche Verwüstungen an. Noch heute zeigen die Ruinen deutscher Burgen, Städte und Dörfer, wie bitter das Volk die Uneinigkeit und den Eigennutz

seiner führenden Schichten zu büßen hatte. In Zusammenhang damit vernichteten Pest und andere Seuchen bestes deutsches Volkstum. Unter dem Druck des kossischen Eroberers fand dieses machtlose, nur noch ein Schattendasein führende Reich am 6. August 1805 sein unrühmliches Ende.

Auf den Taten der großen Preußenkönige, insbesondere Friedrichs des Großen, und auf den Opfern des Preußenvolkes in den Freiheitskriegen baute Bismarck sein Zweites Reich. Wir wissen heute, was es in der deutschen Geschichte bedeutete. Es war ein Reich der Macht, der Ehre und Würde, ein Reich, das der Verwirklichung des alten Traums der besten Deutschen nahekam, ihn aber nicht vollendete. Wir würden unsere historische Aufgabe verkennen, wollten wir die Fehler und Schwächen dieses Reiches verschweigen. Auch das Zweite Reich ließ die Ländergrenzen, die durch Kriege und Heiraten unter den Fürstenhäusern entstanden waren, die daher nicht die Volksstämme, nicht die Landschaft und nicht die Wirtschaft berücksichtigten, unangetastet. Die Bundesstaaten behielten grundsätzlich ihre Selbständigkeit, die sich zum Nachteil des Ganzen auswirkte. Der schwerste Fehler des Zweiten Reiches aber war es, daß man trotz weitgehender materieller Fürsorge nicht verstand, die Massen der deutschen Arbeiterschaft innerlich dem Staat zu verbinden und sie zusammen mit dem deutschen Bauern zu Trägern des neuen Staates zu machen. An diesem Fehler zerbrach letzten Endes am 9. November 1918 das Zweite Deutsche Reich.

Revolutionen nach verlorenen Kriegen haben nur dann einen geschichtlich gerechtfertigten Sinn, wenn sie gemacht werden, um die Kraft seines Volkes zur letzten Selbstbehauptung, zum äußersten Widerstand zusammenzufassen und rücksichtslos mit neuen großen Ideen den Neuaufbau des Staates zu beginnen. Von solchen Ideen war bei den Novembermännern nichts wahrzunehmen. Der Endzweck dieser schwächlichen Novemberrevolte war nichts anderes, als einer kleinen, noch dazu vielfach volks- und rassenfremden Schicht die Macht im Staat in die Hände zu spielen. Man dachte an sich und seinen wirtschaftlichen Vorteil, aber nicht an das Volk. Man bereicherte sich und ließ das Volk hungern. Würdelos und feige dem feindlichen Ausland gegenüber unterdrückte man brutal jede Regung eines deutschen Freiheitswillens im Innern. In 14 Jahren hat das deutsche Volk die Folgen der Novemberrevolte zu spüren bekommen. Korruption, Amterschacher, Landesverrat, Demütigungen über Demütigungen kennzeichnen den Leidensweg Deutschlands in den letzten Jahren. Es gab sogar Zeiten unter diesem System, in denen die Reichseinheit selbst gefährdet war. Es gab Länder, die zeitweilig mit dem Gedanken einer Loslösung vom Reich spielten und durch ihre separatistische und föderalistische Politik der Welt das Zerrbild eines uneinigen, zerfallenden Deutschen Reiches boten.

In dieser Zeit begann der schlichte deutsche Mensch Adolf Hitler sein heroisches Ringen um die Seele des deutschen Volkes. Vierzehn Jahre lang, unermüdetlich,

allen Widerständen zum Trotz, eisern, zäh und unbeirrbar, fast alleinstehend weckte er in immer neuem Ansturm das deutsche Volk und gab ihm wieder den Glauben an sich, seine Kraft und seine Zukunft. Sein Appell verhallte nicht ungehört. Immer stärker und stärker wurde seine Bewegung, bis endlich gestern vor einem Jahr das Schicksal seinen Kampf krönte. Ohne Selbstüberhebung dürfen wir heute feststellen, daß in diesem Jahr Großes geleistet worden ist. Das ganze Volk wurde von dem neuen Glauben erfaßt und arbeitet mit neuer Zuversicht und neuem Vertrauen am Aufbau des Dritten Reichs. Unmöglich, alle Taten der Regierung Adolf Hitlers in diesem kurzen Rückblick richtig zu würdigen. Man denke nur an den erfolgreichen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, an die Bauernbefreiung, an den Einbau des deutschen Arbeiters in den Staat, an das große Werk der Vereinigung im Innern, an die für die Zukunft unseres Volkes so bedeutungsvolle Erbgesundheitsgesetzgebung, an die mannhafte Verteidigung unserer Ehre und Gleichberechtigung dem Auslande gegenüber, und man wird zugeben müssen, daß in dem einen Jahr mehr aufgebaut worden ist als in den vierzehn Jahren des Systems.

Wohl die größte Leistung des Führers im vergangenen Jahre aber ist die Einigung, die Zusammenschweißung des deutschen Volkes zu einer Nation! Die Parteien, die das Volk vierzehn Jahre lang auseinandergeredet und die deutsche Würde mit Füßen getreten haben, sind verschwunden! Parlamente, die ihre

Aufgabe im Reden und Zerstören sahen, gibt es heute nicht mehr. Volk und Staat sind eins geworden! Zum erstenmal seit Hunderten von Jahren gibt es in Deutschland zwischen Volkswillen und Staatsführung keine Gegensätze mehr! Was andere Völker seit langem besitzen und was zu schaffen man in Deutschland fast für unmöglich hielt: Adolf Hitler hat über alle Gegensätzlichkeiten hinweg die Nation geschaffen! Heute fühlt sich der einfachste Mann aus dem Volke nicht nur als gleichberechtigter Staatsbürger, sondern auch als für das deutsche Schicksal gleich verantwortlicher. Nicht eine dünne Schicht ist der Träger des Staatsgedankens, sondern das ganze Volk in allen seinen Ständen und Berufen. Das ist das Große an unserer Zeit, daß wir in jedem Deutschen den Volksgenossen sehen dürfen, der mit uns im gleichen Geist an seinem Platz, in seinem Beruf mit seinen besten Kräften am Wiederaufbau Deutschlands mitarbeitet.

Es ist klar, daß diese neue Einigkeit im deutschen Volke gebieterisch auch nach der ihr gemäßen äußeren Form des völkischen Zusammenlebens verlangt. Wie in unserer Zeit für Parteien und Parlamente kein Platz mehr ist und diese überholten Formen einer überwundenen Zeit unter der Zustimmung von neun Zehnteln des deutschen Volkes verschwanden, so erfordert die Einigung im deutschen Volke zwangsläufig die Beseitigung auch der letzten Schranken, die sich dem restlosen Zusammenschluß aller Deutschen noch entgegenstellen könnten.

Die historische Aufgabe unserer Zeit ist die Schaf-

fung eines kraftvollen nationalen Einheitsstaates an Stelle des bisherigen Bundesstaates.

Für Länder im bisherigen Sinne und für Landesgrenzen ist im neuen Deutschland kein Platz mehr! Wenn in der Nacht vom 12. zum 13. November v. J. nach dem überwältigenden Bekenntnis des Volkes zur Nation deutsche Jungen die Grenzpfähle zwischen deutschen Ländern niederlegten, so sehen wir in dieser spontanen Tat den Ausdruck des einheitlichen deutschen Staatswillens! Niemand wird verkennen, daß auch die Länder sich geschichtliche Verdienste, besonders auf kulturellem Gebiete, erworben haben.

Der in der Tradition verwurzelte Nationalsozialismus ist der letzte, der das nicht anerkennen wollte! Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß eine neue Zeit ihre eigenen neuen Ausdrucksformen verlangt. Es geht nicht an, daß bei dem herrlichen inneren Zusammenschluß des deutschen Volkes, bei dieser überwältigenden inneren Wandlung des deutschen Menschen eine aus dem Mittelalter stammende äußere Zersplitterung der deutschen Gebiete weiterhin beibehalten wird. Wollen wir, wie das Volk es am 12. November v. J. bekannte, den starken, geschlossenen völkischen Staat, so dürfen wir nicht aus Pietät, Sentimentalität oder lieber Gewohnheit an Einrichtungen und Formen festhalten, die zu anderen Zeiten und unter anderen Voraussetzungen geschaffen wurden, deren Zeit aber nun erfüllt ist. Sie können heute als Anreiz zu volksfeindlichen monarchistischen Parteibestrebungen sogar schädlich wirken.

Dieser Wille, der jetzt nach Gestaltung ringt, entspringt der uralten, tausendjährigen deutschen Sehnsucht nach dem starken einheitlichen Staat. Das „Gesetz zum Neuaufbau des Reiches“ gibt diesem Willen den äußeren staatsrechtlichen Ausdruck. Das gestern vom Reichstag beschlossene und vom Herrn Reichspräsidenten verkündete „Gesetz über den Neuaufbau des Reiches“ bestimmt in Artikel 1, daß die Volksvertretungen der Länder aufgehoben werden. Damit wird der Zustand, wie er bereits seit dem 14. Oktober 1933 tatsächlich bestand, gesetzlich sanktioniert. Die Reichstagsauflösung vom 14. Oktober 1933 hat die Auflösung der Landtage zur gesetzlichen Folge. Die Neuwahlen der Landtage unterblieben. Mit der Beseitigung der Landtage haben die Länder ihre souveräne Grundlage gänzlich verloren, nachdem die ursprünglichen Träger dieser Souveränität, die Bundesfürsten, bereits im November 1918 verschwunden waren.

Aus dieser Tatsache zieht Artikel 2 den folgerichtigen Schluß, daß die Hoheitsrechte der Länder auf das Reich übergehen und daß die Landesregierungen der Reichsregierung unterstehen. Wenn auch die Weimarer Verfassung die Rechte der Bundesstaaten der Bismarckschen Verfassung ganz erheblich beschnitt, so ließ sie doch immerhin diese Gebilde trotz Beseitigung der Dynastien als Länder mit einer gewissen selbständigen Staatsgewalt bestehen. Von heute an gibt es keine selbständige Landeshoheit mehr. Träger der gesamten Staatsgewalt ist ausschließlich das Reich.

Der Einheit des nationalen Willens entspricht die

Einheit der Staatsführung. Für alle Zeiten ist damit irgendwelchen separatistischen oder föderalistischen Bestrebungen ein verfassungsmäßiger Kiegel vorgeschoben. Deutschland ist aus einem Bundesstaat zum Einheitsstaat geworden, auch wenn die praktische Durchführung des neuen Gesetzes noch Jahre erfordern wird. Die Landesregierungen sind von heute an nur noch Ausführungsorgane des Reiches. Sie behalten zwar vorerst ihre bisherigen Zuständigkeiten, sind dabei aber verpflichtet, Anordnungen der Reichsregierung durchzuführen.

Die weitere organische Entwicklung wird sich ohne Störung der laufenden Verwaltungstätigkeit gemäß Artikel 4 des Gesetzes durch Gesetze der Reichsregierung und gemäß Artikel 5 durch Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften des Reichsministers des Innern vollziehen.

Das Reichsstatthaltergesetz hatte die Regelung der Dienstaufsicht über die Reichsstatthalter offen gelassen. Durch Artikel 3 des Gesetzes wurde daher die Dienstaufsicht dem sachlich zuständigen Reichsminister des Innern übertragen. Die Dienstaufsicht umfaßt auch das Recht zur Erteilung von Anweisungen im allgemeinen und im Einzelfall.

Nach dem sogenannten Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 konnte die Reichsregierung auch verfassungsändernde Gesetze beschließen. Sie war dabei aber an gewisse Schranken, so insbesondere hinsichtlich des Reichstags und des Reichsrats gebunden. Das Gesetz über den Neuaufbau des Reichs vom 30. Ja-

nuar 1934 beseitigt diese Einschränkungen und gibt der Reichsregierung für den verfassungsmäßigen Neuaufbau des Reiches unbeschränkte Vollmachten.

Nach Artikel 6 ist das Gesetz am 30. Januar 1934 in Kraft getreten.

Deutsche Volksgenossen! Mit diesem Gesetz ist der Reichsregierung nach dem Willen des deutschen Volkes eine Machtbefugnis in die Hand gegeben, wie sie keine Regierung vor ihr je gehabt hat. Getreu ihrem Willen, in erster Linie Deutschland zu dienen, wird die Reichsregierung dieses Gesetz nur im Dienste am Volk und Vaterland anwenden. Sie wird auf Grund des Gesetzes die Maßnahmen treffen, die zum Neuaufbau des Reiches erforderlich sind und die der inneren Wandlung des Volkes zur Nation entsprechen. Sie wird sich aber bei all ihren Schritten leiten lassen von dem Gefühl tiefster sittlicher Verantwortung vor Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des deutschen Volkes! Die Männer, die unter der genialen Führung Adolf Hitlers am Neuaufbau des Reiches arbeiten, wollen nichts für sich. Sie fühlen sich wie einst der große Preußenkönig nur als die ersten Diener des Staates, und wie sie mit dem Volk und durch das Volk in die Regierung berufen worden sind, so werden sie ihre Arbeit leisten allein für das Volk und seine bessere Zukunft!

An das ganze Volk aber ergeht der Ruf, dem Führer und einer Regierung in den kommenden Monaten und Jahren so treu zur Seite zu stehen, wie in dem jetzt abgelaufenen Jahr.

Unsere Generation, deutsche Volksgenossen, ist berufen, endlich den nationalen Einheitsstaat zu schaffen! Was unseren Vätern nicht gelang, wir sollen es schaffen und als vollendetes Werk denen hinterlassen, die nach uns kommen! Seien wir glücklich, daß uns das Schicksal dieser gewaltigen Aufgabe für würdig befunden hat! Seien wir uns klar, daß mit dem heutigen Tage eine neue Epoche deutscher Geschichte beginnt, die in ihrer ganzen Größe und Tragweite erst spätere Generationen richtig erkennen werden. Mit dem heutigen Tag, meine Hörer und Hörerinnen, beginnt ein neues Blatt der deutschen Geschichte. Ich rufe Sie alle auf, an diesem herrlichen Werk mitzuarbeiten! Lassen Sie die Vergangenheit und richten Sie den Blick gläubig und pflichtbewußt in die Zukunft. Seien Sie stolz, daß Sie eine so gewaltige Zeit miterleben dürfen, daß Sie berufen sind, an der Gestaltung des neuen deutschen Schicksals mitzuarbeiten. Deutschland braucht die Mitarbeit aller! Und alle, die Deutschland lieben, müssen heute ihre ganze Kraft einsetzen, damit das Werk vollendet werden kann zum Segen des deutschen Volkes.

Im Glauben an Deutschlands Kraft und an das unsterbliche Leben des deutschen Volkes hat der Führer vor 15 Jahren an der Spitze von sechs Mann seinen heroischen Kampf begonnen. Heute, am Beginn einer neuen geschichtlichen Epoche des deutschen Volkes, ist sein und seiner Regierung oberster Grundsatz der gleiche wie damals:

Deutschland, und nichts als Deutschland!



Inhalt

Die Rede des Führers am 30. Januar 1934 im Deutschen Reichstag	3
Gesetz über den Neuaufbau des Reiches vom 30. Januar 1934	59
Die Rede von Reichsminister Dr. Frick am 31. Januar 1934 im Deutschlandsender . . .	61

U.021.



Gleichzeitig erschien

Hitler-Gesetze VI

Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit

vom 20. Januar 1934

Textausgabe mit kurzen Anmerkungen

Herausgegeben von Rudolf Beher,
Amtsgerichtsdirektor

Reclams Universal-Bibliothek Nr. 7241

*

Das Grundgesetz für die nationale Arbeit: Betriebsordnung, Tarifordnung, Ehrengerichtbarkeit, Kündigungsschutz u. a. werden vom nationalsozialistischen Staate völlig neu gestaltet. Das in klarem und volkstümlichem Deutsch abgefaßte Gesetz gehört nicht nur in die Hand der Juristen und Volkswirtschaftler, sondern jedes arbeitenden Deutschen.

Hitler = G e s e t z e I

Arbeitsbeschaffungsprogramm

Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit
vom 1. Juni 1933

samt den Durchführungsverordnungen
(Arbeitspendengesetz — Ehestandsdarlehen)

Schuldnerschutz

Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiete
der Zwangsvollstreckung
vom 26. Mai 1933

Textausgabe mit kurzen Anmerkungen

Herausgegeben von Rudolf Beyer, Amtsgerichtsdirektor
Reclams Universal-Bibliothek Nr. 7218/19

*

Hitler = G e s e t z e II

Wechselgesetz

vom 21. Juni 1933, samt Einführungsgesetz

Schutz des Einzelhandels

Gesetz vom 12. Mai 1933

Zugabewesen

Gesetz vom 12. Mai 1933

Textausgabe mit kurzen Anmerkungen

Herausgegeben von Rudolf Beyer, Amtsgerichtsdirektor
Reclams Universal-Bibliothek Nr. 7220

Hitler = Gesetze III

Reichserbhofgesetz

vom 29. September 1933

mit den beiden Durchführungsverordnungen vom
19. Oktober 1933 und 19. Dezember 1933

Reclams Universal-Bibliothek Nr. 7237

*

Hitler = Gesetze IV

Schriftleitergesetz

Wirtschaftswerbungsgesetz

mit den Durchführungsverordnungen

Rabattgesetz

Sämtliche Gesetze mit den amtlichen Begründungen

Reclams Universal-Bibliothek Nr. 7239

*

Hitler = Gesetze V

Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses
mit der Durchführungsverordnung vom 5. Dezember 1935

Gesetz gegen Mißbräuche bei der Eheschließung
und Annahme an Kindes Statt

Tierschutzgesetz

Sämtliche Gesetze mit den amtlichen Begründungen

Reclams Universal-Bibliothek Nr. 7240

Textausgaben

Herausgegeben von Rudolf Beyer, Amtsgerichtsdirektor

Luftschutz

Die Gefahren aus der Luft und ihre Abwehr

Von Oberstleutnant a. D. Albert Benary

Reclams Universal-Bibliothek Nr. 7205

*

„Die vor kurzem erfolgte Gleichschaltung der in Deutschland bestehenden Luftschutzorganisationen und ihre Zusammenfassung in einem Reichsverband an Stelle des bisherigen Deutschen Luftschutzverbandes haben die Aufmerksamkeit erneut auf das in Deutschland noch nicht genügend beachtete Problem des militärischen und zivilen Luftschutzes gelenkt. Neben anderen das Problem behandelnden Werken verdient eine in diesen Tagen bei Reclam erschienene Schrift ‚Luftschutz‘ um so nachdrücklichere Erwähnung, als sie die Entwicklung, Bedeutung und Technik des Luftkrieges der Vergangenheit und der Zukunft und die Möglichkeiten und Elemente des militärischen und zivilen Luftschutzes so umfassend und dabei so flüssig, leichtverständlich und eindringlich schildert, daß sie zur Aufklärung und Erziehung der Bevölkerung, zur Werbung für den Luftschutzgedanken bestens geeignet ist. Das um so mehr, als ihre Beschaffung bei dem niedrigen Preise von 35 Pf. jedem möglich ist. Auf den Inhalt mit wenigen Worten einzugehen, ist wegen der Fülle des Materials kaum möglich. Es sei betont, daß er über seinen werbenden Charakter hinaus wehrpolitisch und kriegstechnisch hochinteressant ist.“

(Berliner Börsen-Zeitung)

*

Näheres über Einbände und Preise ist aus dem neuesten Verzeichnis der Universal-Bibliothek ersichtlich, das in jeder Buchhandlung oder gegen Portoeinsendung vom Verlag zu haben ist.

Gleichzeitig erschien

Arthur Moeller van den Bruck

Armin

Mit einem Lebensbild Moeller van den Brucks
von Dr. Gustav Steinbömer

Reclams Universal-Bibliothek Nr. 7242

Freiherr vom Stein

Mit einem Nachwort von Dr. Gustav Steinbömer

Reclams Universal-Bibliothek Nr. 7243

*

Moeller van den Bruck, der Prophet des Dritten Reiches, ist einer ganzen Generation zum geistigen Führer geworden. Auch in seinen geschichtlichen Werken ein Politiker von stärkstem Zukunftswillen, verbindet er in einzigartiger Weise künstlerische Intuition, realpolitischen Scharfblick und aktivistische Leidenschaft. Was er für uns und unsere Zeit bedeutet, zeigt Dr. G. Steinbömer in zwei ausführlichen Würdigungen von Moeller van den Brucks Persönlichkeit und Lebenswerk.

Näheres über Einbände und Preise ist aus dem neuesten Verzeichnis der Universal-Bibliothek ersichtlich, das jede Buchhandlung oder der Verlag kostenlos liefert.

Rassenbiologie und Kulturpolitik

Don

Prof. Dr. Walter Scheidt

Umfaßt die drei Schriften:

Rassenkunde. (Universal-Bibliothek Nr. 7076)

Kulturkunde. (Universal-Bibliothek Nr. 7160)

Kulturpolitik. (Universal-Bibliothek Nr. 7169)

*

„Der Verfasser ist als Rassenforscher bekannt. Der Leser bekommt eine Vorstellung vom Rassenbegriff, von der Erbllichkeit, der Rassenbildung usw.; er hat einen Leitfaden zur Hand, der es ihm ermöglicht, das Studium der bisher erschienenen Werke über Rasse mit Verständnis zu betreiben.“
(Völkischer Beobachter)

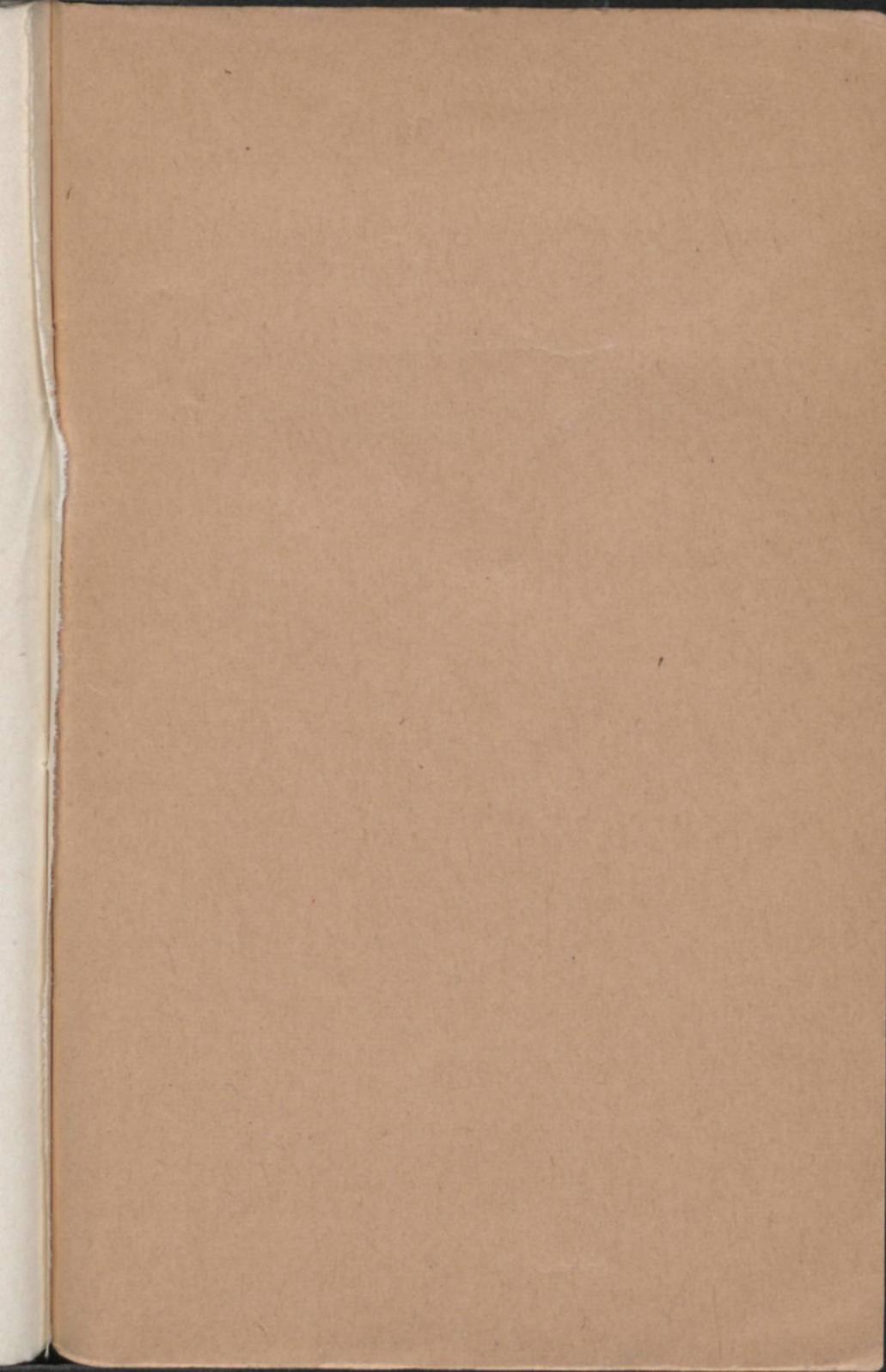
„Der bekannte Hamburger Rassenforscher hat mit bemerkenswerter Sachkunde und großem Fleiß alles Wesentliche dieses Gebietes auf die kürzeste Form gebracht und ermöglicht so jedem, sich über dieses gerade für Europa so wichtige Problem zu unterrichten.“
(Die Lese, Köln)

Näheres über Einbände und Preise ist aus dem neuesten Verzeichnis der Universal-Bibliothek ersichtlich, das jede Buchhandlung oder der Verlag kostenlos liefert.

Biblioteka Główna UMK



300042056670



Biblioteka
Główna
UMK Toruń

900172

Biblioteka Główna UMK



300042056670